

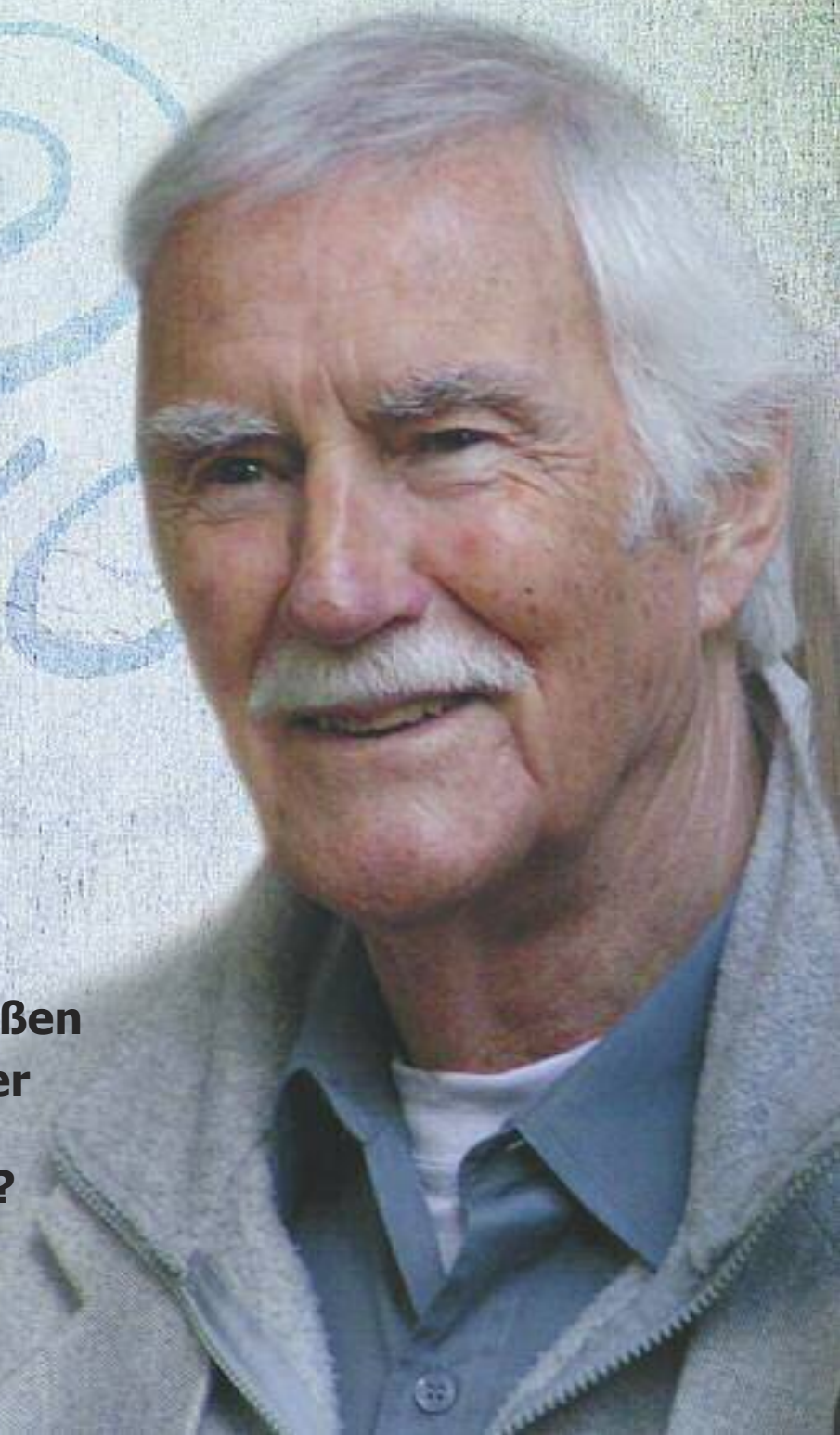
2,50 € • ISSN 1860-9694

Nr. 2 Juni 2013

FAIRCONOMY

Für eine Welt mit Zukunft

Helmut Creutz 90!



**Wir gratulieren dem großen
Geld- und Bodenreformer**

Ende des Monetarismus?

Die neue Bodenfrage

Liebe Leserinnen und Leser,

Europa befindet sich in der Rezession. Das haben trotz aller drastischen Maßnahmen seit Ausbruch der Krise weder Politiker noch Banker verhindern können.

Die Europäische Zentralbank hat den Banken so günstig wie nie und nahezu unbegrenzt frisches Geld zur Verfügung gestellt und setzt diese expansive Geldpolitik weiter fort. Gerade hat sie den Leitzins auf ein Rekordtief von 0,5% gesenkt. Und trotzdem kommt das Geld nicht dort an, wo es dringend gebraucht wird, speziell nicht bei den kleinen und mittleren Unternehmen in den Südländern. Die Zinsen für Kredite bleiben hier unbezahlbar hoch.

Dagegen klagen die Sparer und mit ihnen viele Banken und Versicherungen, die ihr Geld vermehren helfen sollen, über zu niedrige Zinsen. »Wer spart, verliert«, heißt es neuerdings, denn abzüglich der Inflation bleiben real nur negative Zinsen über.

Trotzdem verabschieden sich die Notenbanken immer offensichtlicher von der Inflationsbekämpfung als Ziel. Denn worüber sie sich früher freuten, ist heute beunruhigend für sie: Die Inflation geht zurück. Die Verbraucherpreise lagen im April nur noch um 1,2 Prozent über Vorjahresniveau, im März waren es noch 1,7 Prozent. Das könnte auf deflationäre Tendenzen hindeuten, so die Befürchtung.

Schon daher eine neue »Wunderwaffe« der EZB im Gespräch: ein negativer Einlagenzins. Der soll endlich dafür sorgen, dass die von den Geschäftsbanken bei der EZB geparkte Liquidität auch in der Wirtschaft ankommt und diese ankurbelt. Doch ob das gelingt, darf stark bezweifelt werden.

Warum ist die Situation so paradox? Niedrige Leitzinsen – hohe Kreditzinsen. Mehr Liquidität – weniger Wachstum. Hohe

Sparvermögen – reale Verluste. Weniger Inflation – mehr Angst.

Der entscheidende Grund dafür ist, dass diejenigen, die unsere Geldpolitik machen, noch nicht verstanden haben, dass sie den Umlauf der Zahlungsmittel verstopfen müssen, statt immer mehr Liquidität in ein System zu pumpen, das völlig aus der Balance geraten ist. Angehäufte Reichtum bei wenigen steht einer Überschuldung von Staaten, großer Teile der Wirtschaft und zunehmend auch von Privathaushalten gegenüber.

Das habe ich sofort begriffen, als ich 1995 erstmals einen Vortrag von Helmut Creutz hörte. Wie viele andere auch, durfte ich Helmut danach Löcher in den Bauch fragen, weil mich das Thema nicht mehr losließ. Stets gab er bereitwillig Auskunft und teilte sein über viele Jahre erarbeitetes Wissen mit anderen. Helmut Creutz ist nicht nur ein Vorreiter der kommenden Geld- und Bodenreform, sondern auch der Wissens-Allmende – der geteilten Informationen, die nicht an Wert verlieren, wenn sie häufiger genutzt werden.

Aus diesem Geist der Weitergabe und des Teilens entsteht zukunftsfähiges und friedliches Zusammenleben und Wirtschaften. Darum nehmen wir Helmut runden Geburtstag zum Anlass, ihm für alles zu danken, was er auch für die INWO getan hat, deren langjähriges Mitglied er ist.



Herzlichen Glückwunsch!

Im Namen der INWO

Beate Bockting

Kontakt: redaktion@INWO.de

Inhalt

- 3 Helmut Creutz 90 Jahre
- 5 Eckhard Behrens: Ende des Monetarismus?
- 10 Walter Hanschitz-Jandl: Original oder Fälschung? – Die Liquiditätsfalle und wie man mit ihr umgeht
- 14 INWO Deutschland
- 16 INWO Schweiz
- 18 Benedikt Haerlin: Die neue Bodenfrage
- 20 STRO: Ansätze zur Umsetzung der Geldreform heute
- 22 Termine
- 23 Bestellmöglichkeiten

Impressum

FAIRCONOMY 9. Jahrgang, Nr. 2 Juni 2013, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion: B. Bockting (V.i.S.d.P.), H. Barth
E-Mail: redaktion@INWO.de

Abo-E-Mail: Versand@INWO.de

Auflage: 2.300 Exemplare; davon 450 als »r-evolution« (INWO Schweiz)

Bildnachweis

Titelseite: © Klaus Willemsen / cvp-design; INWO-Materialien: SMARTI-d – Andreas Franke; Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 3: © Petra Bork / PIXELIO.de; 5: © Michael Staudinger / PIXELIO.de; 6: © cglightNing / clipdealer.com; 8: © Claudia Hautumm / PIXELIO.de; 10: © ALSOMUS / clipdealer.com; 11: © ArTo / clipdealer.com; 12: © arekmalang / clipdealer.com; 14+15: Erich Lange; 18: © TIM Caspary / PIXELIO.de; 20: <http://de.wikipedia.org/wiki/Wörgl>; 20: Unterguggenberger Institut Wörgl; 22+23CH: © Joss / PIXELIO.de

Layout: cvp-design, Christina v. Puttkamer, München

Druck: Neumann, Landshut (gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

Herausgeberin: INWO Deutschland e.V., Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt

Abo-Kontakt: Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg, Telefon: +49 6623 919601, Fax: +49 6623 919602, E-Mail: INWO@INWO.de, <http://www.INWO.de>

Kontoverbindung:

Konto 6010451400 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum (BLZ: 430 609 67)
IBAN: DE 32430609676010451400, BIC: GENO DE M 1 GLS

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische

Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Helmut Creutz 90 Jahre

Angeregt durch einen Leser seines »Schultagebuches« beschäftigt er sich seit 1980 mit dem Geldsystem und seinen Auswirkungen. Im Juli wird Helmut Creutz 90 Jahre alt. Wie wichtig er für die Geld- und Bodenreform-Bewegung und darüber hinaus ist, zeigen die vielen Würdigungen, die er im Laufe der Jahre, insbesondere anlässlich seiner Nominierung zum Alternativen Nobelpreis 2007, erfahren hat.

Helmut Creutz hat vor vielen Jahren eine Diskussion angestoßen und mit seinen zahlreichen Beiträgen vorangetrieben, die längst fällig war und aktueller ist denn je. So vernetzt, so global und von so wenigen Personen(kreisen) beeinflusst war die Menschheit noch nie. Mehr Klarheit und mehr Wissen über unser gewohntes Geldsystem ist von überlebensnotwendiger Wichtigkeit, nicht zuletzt um dem Diktat der Finanzmärkte und ihrer ausschließlichen Renditeorientierung eine breite Aufklärung, demokratische Geld-Systeme und alternative Lebensinhalte entgegenzusetzen. In den letzten Jahren konnte ich immer wieder feststellen, wie sehr der Wechsel im Geldparadigma mit dem Namen Helmut Creutz untrennbar verbunden ist.«

Prof. Dr. Ulrich Scheiper, VWL und Statistiker, FH Würzburg-Schweinfurt

»Im Gegensatz zur konventionellen Ökonomie haben Außenseiter wie Helmut Creutz seit langem auf Denkfehler der gängigen Volkswirtschaftslehre und strukturelle Fehlentwicklungen im Ökonomiesystem hingewiesen, wurden jedoch von den recht hochmütig sich verhaltenden Anhängern der gängigen Ökonomielehre nicht ernst genommen. Daher kann er mit Recht sagen: »Was ist das überhaupt für eine Wissenschaft, in der man – abgesehen von wenigen Ausnahmen – die entscheidenden Ursachen unserer wesentlichen Misere und Zwänge nicht wahrnimmt und uns ohne gangbare Auswege in die Zukunft entlässt?« Solange diese von Creutz und anderen angesprochenen Denk- und daher auch Konstruktionsfehler im sozialen Leben nicht grundlegend angegangen werden, ist auch keine nachhaltige Lösung der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise zu erwarten.«

Prof. Dr. Christian Kreiß, Finanz- und Wirtschaftspolitik, Aalen.

»Ich habe Helmut Creutz vor rund 20 Jahren kennengelernt und war damals schon tief beeindruckt von der Klarheit seiner Gedanken und Analysen und seinem Engagement,



Lieber
Helmut,

wir gratulieren ganz herzlich zum Geburtstag am 8. Juli und danken Dir für Dein unermüdliches Engagement für die Geld- und Bodenreform!

und bin bis heute in tiefer Bewunderung für die Beständigkeit und den Mut, mit dem er über die Jahre hinweg an diesem Tabuthema gearbeitet und anderen Menschen die Augen darüber geöffnet hat.«

Prof. Dr. Bernd Senf, Wirtschaftswissenschaftler, School of Economics, Berlin

»Mit unbestechlicher Sachlichkeit hat Helmut Creutz den katastrophischen Charakter unseres Geldsystems aufgewiesen und sich, so belegen die wirtschaftlichen Realitäten, über die Jahre als klüger erwiesen als der mainstream der professionellen Wirtschaftswissenschaftler. Helmut Creutz ist ein Aufklärer im besten Sinne – und welche Freude: Sein Denken ist auch noch anschlussfähig an die biblische Wirtschaftsethik.«

Prof. Dr. Thomas Ruster, Theologe und Humanwissenschaftler, Dortmund

»Helmut Creutz hat die doch weitgehend in Vergessenheit geratenen Erkenntnisse von Silvio Gesell vom Anfang des letzten Jahrhunderts – nämlich, dass eine kleine Minderheit mit Hilfe des Zinses die große Mehrheit der Menschen für sich arbeiten lässt – wieder aufgenommen und sie unermüdlich und mutig weiterentwickelt. Seine Forschungen auf diesem Gebiet ermöglichen uns, die

Wirtschaft so einzurichten, dass sie uns nicht mehr beherrscht mit Geldknappheit, Arbeitslosigkeit, sozialer Ungerechtigkeit und Krieg, sondern dass sie uns dazu dient, unser Leben als freie und wohlhabende Bürger in einer sinnvollen Gesellschaftsordnung gut einzurichten.«

Prof. M. arch. (M.I.T.) Hermann Kendel, Architekt, z. Zt. Berlin

»Für mich als Mathematiker waren die Analysen von Helmut Creutz eine Herausforderung – und sie haben mich überzeugt! Ich bewundere ihn, dass er nie die Hoffnung aufgegeben hat, dass sich das Wissen zum Thema Zins und Verschuldung irgendwann einmal durchsetzen wird, und ich hoffe, dass dieses Wissen bald die Fünfprozent-Wissenshürde überschreitet, damit die notwendigen Änderungen passieren können, bevor unser Geldsystem zusammenbricht.«

Prof. Winfried Radtke, Mathematiker, München

»Seit Jahrzehnten hat Helmut Creutz, wie kaum ein anderer, die herrschende Geldverfassung, insbesondere den eingebauten Zinsseszins-Mechanismus, analysiert und kritisiert. Als entscheidenden Webfehler dieses Systems hat er erkannt, dass das Geld sich nicht mehr

auf seine klassische Rolle als neutrales Tauschmittel beschränkt, sondern inzwischen zu einem Mittel privater Geldakkumulation degeneriert ist, mit letztlich zerstörerischen Folgen für Wirtschaft, Gesellschaft und das Ökosystem. Durch seine überzeugenden geldtheoretischen Analysen und Vorträge hat er wie kein anderer zur Aufklärung in den Fragen unserer Geldverfassung beigetragen.«
Prof. em. Dr. Hans-Jürgen Harborth, Wirtschaftswissenschaftler, Mechelen/NL

»Helmut Creutz ist ein außergewöhnlicher Denker, ein gewissenhafter Forscher, ein großartiger Autor. Wenn es gelingt, seine Konzepte in praktische Politik umzusetzen, wird dieser Planet ein besserer Ort für Leben werden. Im Grunde hätte er den Nobelpreis für Ökonomie verdient.«

Prof. Dr. phil. Dr. rer. pol. Wolfgang Berger, M. A., Karlsruhe

»Ich glaube nicht, dass ich – ohne Helmut Creutz als Vordenker – zu den Erkenntnissen und Einsichten gelangt wäre, die ich heute habe. Wenn Irving Fisher schrieb: »Ich bin ein bescheidener Schüler des Kaufmanns Gesell«, so gilt für mich erst recht: »Ich bin ein bescheidener Schüler des Wirtschaftsanalytikers Helmut Creutz«. Seine Gedanken und Einsichten sollten einer breiten Öffentlichkeit bekannt werden – und dies lieber heute als morgen.«

Prof. Dr. Jürgen Kremer, Studiengangsführer Wirtschaftsmathematik, FH Koblenz

»Ausgehend von statistischen Zahlen hat Helmut Creutz immer wieder deutlich gemacht, wie sehr ökonomische, soziale und ökologische Probleme ursächlich mit dem Geldwesen zusammenhängen und wie sehr sich diese, ohne Behebung der Strukturfehler, zukünftig noch verschärfen müssen. Besonders wichtig war dabei für mich, dass Helmut Creutz auch einmal gesondert dargestellt hat, wie wichtig ein gerechter geordnetes Geldwesen zur Erreichung des Weltfriedens sein würde. Erfreulicherweise nimmt sowohl das außerakademische als auch das akademische Interesse an den Arbeiten von Helmut Creutz in der jüngeren Vergangenheit zu.«

Dipl.-Ökonom Werner Onken, Redakteur der Zeitschrift für Sozialökonomie, Oldenburg

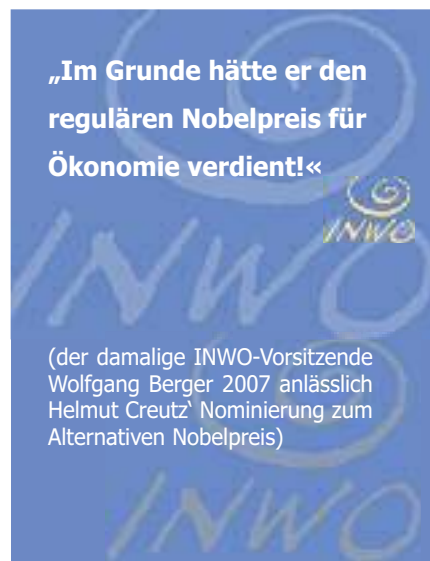
»Die mittlerweile augenscheinlichen und unbestreitbaren und im Wortsinne katastrophalen Folgen der Klimaveränderung und der Erderwärmung zeigen uns dramatisch, dass ein Nachdenken über die Grenzen des ökonomischen Wachstums dringlicher ist als je zuvor. Aber bereits J. M. Keynes wusste, dass eine sog. stationäre, also eine nicht mehr wachsende Ökonomie ein ebenfalls nicht

mehr wachsendes Geldsystem notwendig voraussetzt. Das unschätzbare Verdienst von Helmut Creutz besteht nun darin, aufzuzeigen, dass dieser Tatbestand eine Lösung der »Geldfrage« unabwendbar macht.«

Thomas Betz, Wirtschaftswissenschaftler und Vorstandsmitglied der SG, Berlin

»Seit vielen Jahren hat Helmut Creutz mit seinen akribischen Analysen und Beiträgen zur Aufhellung der Zusammenhänge zwischen den Wirkungen unseres heutigen Geldsystems mit den von diesem ausgelösten gravierenden Verwerfungen in Wirtschaften und Gesellschaften beigetragen.«

Udo Blum, Dipl.-Ing, Berliner Innovationskreis »Alternativen«, Frankfurt



»Helmut Creutz ist ein bedeutender Geldtheoretiker. Mit wissenschaftlicher Klarheit und didaktischer Einfachheit identifiziert er die monetären Ursachen der ungerechten und geradezu explodierenden Ungleichgewichte zwischen Norden und Süden und auch im Innern der Industriestaaten, einschließlich der erschreckend wachsenden Armut und Arbeitslosigkeit. Einer tiefen Humanität entspringend, sind seine Vorschläge gezwungenermaßen die Eckpfeiler einer problemlösenden Ordnungspolitik für die industrialisierte Welt, aber noch ausgeprägter für die Entwicklungsländer.«

Dr. Walter Meier-Solfrian, Mathematiker und Unternehmensberater, Zürich / CH

»Es muss immer wieder Menschen geben, die unbeirrt gegen angeblich unabänderliche Tatsachen argumentieren, damit sich die Gesellschaft voranbewegt. Helmut Creutz streitet seit vielen Jahren gegen das angebliche Naturgesetz unseres Zinssystems und hat durch die Klarheit und Überzeugungskraft seiner Argumente viele Menschen nicht nur zur Erkenntnis gebracht, dass grundsätzliche Än-

derungen möglich sind, sondern auch dass es notwendig ist, sich dafür zu engagieren.«

Dr. Werner Peters, Buchautor, Demokratie-Aktivist, Hotelier, Köln

»Herr Creutz hat sich in seinen Publikationen sehr verdient gemacht um die Frage der Zinsbelastung in der Wertschöpfung und der damit verbundenen Umverteilung zwischen Arm und Reich. Seine Vorträge hinterlassen ein merkwürdiges Gefühl der Betroffenheit und eine Ahnung von der Richtigkeit seiner Überlegungen. Auch seine Anmerkungen zur Geldschöpfung und zur Nichtneutralität des Geldes verdienen beachtet zu werden. Er ist ein unermüdlicher Kämpfer in dieser Sache und macht durch seine Ansichten auf ein in der Nationalökonomie kaum beachtetes Problem der Geldverfassung aufmerksam.«

Prof. Dr. Raimund Schweighoffer, Wirtschaftswissenschaftler, FH Kempten

»Helmut Creutz versteht es in einzigartiger Weise, die zerstörerischen Systemfehler unseres Geldes anschaulich zu machen, die eine der Hauptursachen für die hohe Arbeitslosigkeit sind. Bewundernswert sind sein unermüdlicher Einsatz und seine Bereitschaft, auf Rückfragen einzugehen.«

Prof. em. Dr. theol. Peter Knauer SJ, Bruxelles/B

»Die gewaltigen, versteckten Umverteilungseffekte unseres Geld- und Zinssystems werden von der Finanzwissenschaft übersehen oder verschwiegen. Ich kenne niemanden, der diese Wirkungen so scharfsichtig, überzeugend und gleichzeitig allgemeinverständlich beschrieben und bewiesen hat, wie Helmut Creutz. Er hat damit einen Beitrag zur Ökonomie geleistet, dessen ganze Tragweite noch erkannt werden wird. Wenn ich mir heute die Krisendeutungen der Experten und Gutachter anhöre, dann glaube ich, dass diese alle längst vergessen sein werden, wenn man von Helmut Creutz noch spricht.«

Prof. em. Günther Moewes, Industrialisierung des Bauens, Dortmund

»In seiner umweltbewussten und bescheidenen Art zu leben praktiziert Helmut Creutz einen Stil, den die Mehrheit der Menschen wohl erst finden wird, wenn sie aus den Sucht und Not erzeugenden Zwängen unserer Geldunordnung befreit ist.«

Prof. Dr. Roland Geitmann, Verwaltungsjurist, Kehl

»Eigentlich kann ich Helmut Creutz als den wichtigsten Lehrer meines Lebens bezeichnen (...). Ich denke, dass er einen wichtigen Platz in der Geschichte unserer Evolution bekommen sollte.«

Prof. Dr. Margrit Kennedy, Architektin/Baubiologin, Steyerberg

Ende des Monetarismus?

Die Notenbanken strebten seit den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts energisch ein stabiles Preisniveau an. Im Anschluss an Milton Friedman gingen sie davon aus, es komme zur Erreichung dieses Zieles vor allem darauf an, die Wirtschaft mit der richtigen Geldmenge zu versorgen. Deren Umlaufgeschwindigkeit jedoch wurde vernachlässigt.

Das Konzept des auf Milton Friedman zurückgehenden Monetarismus gründete auf der Überzeugung, dass die Geldmenge entscheidend sei für die Preisentwicklung. Von Friedman wird gerne der Ausruf zitiert: »Money matters!« – Es kommt auf die Geldmenge an. Das Geldmengenwachstum müsse dem zu erwartenden Wirtschaftswachstum angepasst werden. Dann sei ein konstant bleibendes Preisniveau zu erwarten.

Man fürchtete folgende Fehlentwicklungen:

- Bei zu knapper Geldversorgung bleibt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage hinter dem möglichen gesamtwirtschaftlichen Angebot zurück. Infolgedessen müssen die Preise sinken (Deflation), was zu weiteren Nachfragerückgängen, also einer Abwärts Spirale, führt.
- Dagegen drohe bei überschießender Geldversorgung die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dem gesamtwirtschaftlichen Angebot vorauseilen, so dass mit steigenden Preisen, also mit Inflation zu rechnen sei.

Geldmengenvermehrung zwecks Wirtschaftswachstum

Den Notenbanken war bewusst, dass ohne Wachstum der Geldmenge die Wirtschaft nicht

wachsen kann. Das jeweils mögliche Wirtschaftswachstum ergibt sich dabei nicht nur aus dem aktuellen Produktivitätsfortschritt, der auf immer besserer Bildung, Wissenschaft und Forschung beruht, sondern auch aus der Beschäftigung bisher nicht ausreichend ausgelasteter Kapazitäten, also stillstehender Maschinen und Arbeitsloser. Es bestand die Hoffnung, dass bei richtiger Geldversorgung die Wirtschaft bei stabilem Preisniveau in die Vollbeschäftigung hineinwachsen werde. Bis die Vollbeschäftigung erreicht ist, können die Wachstumsraten über dem Produktivitätsfortschritt liegen. Das Geldmengenwachstum muss keine Inflation bewirken, solange das Angebot genauso schnell steigen kann, weil ein Teil der bereits vorhandenen Kapazitäten noch brachliegt.

Nach Erreichen der Vollbeschäftigung (Vollauslastung aller Kapazitäten) kann die Wirtschaft nur noch im Rahmen des Produktivitätsfortschritts wachsen – bei fortschreitender Verkürzung der Arbeitszeit sogar weniger. Wenn die Vollbeschäftigung erreicht ist, darf die Geldmenge nicht mehr so schnell wachsen wie zuvor, denn sonst steigt das Preisniveau.

Auf der Grundlage dieser Überlegungen hat die Bundesbank zunächst gemeint, sie könne die Preisentwicklung und das Wirtschaftswachstum dadurch verstetigen, dass sie ein Jahr für Jahr gleichbleibende Geldmengenvermehrung ankündigte und anstrebte. An ihrem Bemühen bestanden keine Zweifel, aber es blieb bei den altbekannten Schwankungen des Preisniveaus und des Wirtschaftswachstums. Sie wurden bestenfalls gedämpft, aber nicht überwunden.

Berechnung des Geldmengenwachstums

Weil die Ergebnisse eindeutig noch nicht befriedigend waren, ging die Bundesbank dazu über, das Geldmengenwachstum für überschaubare Zeiträume vorzuberechnen und jährlich im Dezember für das Folgejahr öffentlich anzukündigen. Sie wollte mit dieser Ankündigung nicht nur die Erwartungen der

Die Frage stellt sich: Warum setzen die Notenbanken weiterhin auf Geldmengenwachstum, wenn sie doch bereits mehr als genug Geld herausgegeben haben?





Die Bargeldversorgung der Wirtschaft muss jederzeit gesichert sein. Sonst entsteht ein Sturm auf die Banken (bank-run). Die Notenbank kann den Bargeldhahn daher nie zudrehen.

Anspruch und Wirklichkeit der Geldwertstabilität

Sie lieferte seinerzeit aber keine Definition der Geldwertstabilität – weder im Sinne einer Inflations- bzw. Deflationsrate von 0% noch im Sinne der Vereinbarkeit einer geringen Inflationsrate mit Geldwertstabilität. Durch Geldvermehrung »finanzierte« sie aber immer ganz offen nicht nur ein wünschenswertes Wachstum, sondern auch (geringe) Inflationsraten wechselnder Höhe. Erst die Europäische Zentralbank (EZB) schaffte Klarheit, indem sie gleich bei Aufnahme ihrer Arbeit öffentlich machte, dass sie unter Geldwertstabilität eine Inflationsrate von »unter 2%« verstehe, gemessen am sogenannten Harmonisierten Verbraucherpreis-Index für die ganze Euro-Zone.

Für ein solches Verständnis von Geldwertstabilität, das Mathematiker kaum befriedigen dürfte, spricht ökonomisch-pragmatisch viel. Einerseits sind bis zu einer Größenordnung von 1% unvermeidliche Messfehler denkbar, etwa weil Qualitätsverbesserungen bei den monatlichen Preiserhebungen durch die Statistikbehörden oft kaum herauszurechnen sind. Andererseits ist die Wirtschaft ein lebender Organismus, der gewissermaßen atmet und nicht mit der Genauigkeit eines Räderwerks zu steuern ist. Der frühere Chef der amerikanischen Notenbank, Greenspan, beschrieb die Schwierigkeit seiner Aufgabe, für die Wirtschaft immer den gerade richtigen »Geldmantel« bereitzustellen, einmal mit dem Bild eines Schneidermeisters, der einem Kunden, der nicht stillsteht, sondern ständig herumspringt, einen Maßanzug anpassen soll. Drittens rechnet Otto Normalverbraucher bei seinen Dispositionen so, als sei das Geld stabil, solange die Inflationsra-

zierung. Silvio Gesell hätte sich gefreut, wenn er dies noch hätte erleben dürfen.

Ein Zahlenbeispiel soll die Berechnung veranschaulichen. Das anzustrebende Wachstum der Geldmenge ergab sich wie folgt:

1. Wirtschaftswachstum	2,5%
2. Inflationsrate	2,0%
3. Sinken der Umlaufgeschwindigkeit	1,0%
<hr/>	
Zusammen Geldmengenwachstum	5,5%

Die Bundesbank hat das Sinken der Umlaufgeschwindigkeit stillschweigend als nicht abänderbar hingenommen und sich nur bemüht, es durch zusätzliches Wachstum der Geldmenge zu kompensieren. Silvio Gesell hat dagegen eine Gebühr auf das Halten von Bargeld vorgeschlagen, um dadurch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zu beeinflussen mit dem Ziel, sie auf einem etwas höheren Niveau als heute zu verstetigen. Mehr dazu später.

Von Jahr zu Jahr haben die Annahmen der Bundesbank über die Höhe des möglichen Wirtschaftswachstums oder der zu erwartenden Preisentwicklung und damit auch die Berechnungsergebnisse über die anzustrebende Vermehrung der Geldmenge leicht geschwankt. Auffallend waren die mehrfach wechselnden Charakterisierungen der erwarteten Inflationsrate; da war die Rede von zu erwartenden Preisänderungen oder von unvermeidlichen Preissteigerungen oder sogar von einer »Preisnorm«, ohne dass die verwendeten Formulierungen jemals gerechtfertigt wurden. Man hatte den Eindruck eines Eiertanzes um etwas Unausprechliches – nahm doch die Bundesbank für sich in Anspruch, Geldwertstabilität anzustreben.

Wirtschaftsunternehmen und der Politik an die bevorstehende Entwicklung prägen, sondern auch Unsicherheiten über ihre eigene Strategie beseitigen. So verfuhr sie viele Jahre lang. In ihre Berechnung der notwendigen Höhe des Geldmengenwachstums gingen ein:

1. das zu ermöglichende Wirtschaftswachstum,
2. die voraussehbare Entwicklung der Preise und
3. die Verringerung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, die sie als gleichbleibend fortschreitende Verringerung angab – aber zunächst mit 0,5% im Jahr und einige Jahre später mit »trendmäßig 1%« pro Jahr. Über die Schwankungsbreite schwieg sie sich aus.

Punkt 3 bedeutete einen großen Erkenntnisfortschritt, der bisher zu wenig gewürdigt worden ist. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes wurde erstmals als ein Faktor zur Kenntnis genommen, der von der Geldpolitik berücksichtigt werden muss; und die Bundesbank bemühte sich sogar um eine Quantifi-

»Die Bundesbank musste rückblickend fast immer feststellen, dass das Jahr anders gelaufen war, als sie es vorausgesehen und geplant hatte.«

ten nicht auffallend schwanken und sehr gering sind.

Und gering waren sie in den letzten Jahrzehnten, nachdem sie über die Mitte des vergangenen Jahrhunderts hinaus noch heftig schwankten. Otto Normalverbraucher war offenbar zufrieden; er murrte nur leise über die immer einmal wieder gespürte Inflation, beruhigte sich aber wieder etwas, wenn die Zinsen für seine Ersparnisse und die Lohn- oder Rentenerhöhungen – wie meistens – deutlich über den Inflationsraten lagen. Die Preis-Lohn-Spirale wurde als Instrument zur Herstellung von Gerechtigkeit empfunden, wobei der Streit anhielt, ob die Lohnentwicklung die Preise trieb oder umgekehrt. Ein Henne-Ei-Problem.

Es hatte sich auch gezeigt, dass die Geldmengenentwicklung durch die Notenbanken nicht leicht zu steuern ist, sondern von dem geplanten Wachstum fast immer abweicht, und dass sie nicht mit Sicherheit in erster Linie das Wirtschaftswachstum und erst in zweiter Linie die Entwicklung des Preisniveaus prägt. Mal »finanziert« die Geldmengenvermehrung das Wirtschaftswachstum, mal aber auch die Inflationsrate. Die Bundesbank musste rückblickend fast immer feststellen, dass das Jahr anders gelaufen war, als sie es vorausgesehen und geplant hatte. Ihre Rechenschaftslegung blieb lückenhaft; echte Nachkalkulationen hat sie nie veröffentlicht. Oft ließen sich auch die Abweichungen von dem geplanten Wachstum der Geldmenge weder in der Entwicklung der Preise noch des Wirtschaftswachstums wiederfinden. Dahinter standen wohl doch Schwankungen der »Umlaufgeschwindigkeit« des Geldes, die der Bundesbank so unheimlich blieb, dass sie sie in Anführungszeichen verpackte oder mit dem Wörtchen »sogenannte« auf Abstand hielt.

Begrenzte Macht der Notenbanken

Schon die Geldmengenentwicklung liegt nicht allein in der Hand der Notenbank. Sie kann nur die sogenannte Geldbasis beeinflussen, die Zentralbankgeldmenge. Diese besteht aus dem ausgegebenen Bargeld und den Guthaben der Geschäftsbanken bei der Notenbank. Die Höhe der Guthaben hängt von den Krediten ab, die die Geschäftsbanken zum Leitzins bei der Notenbank aufgenommen haben (Geldnachfrage). Welchen Teil dieser Guthaben die Geschäftsbanken in Bargeld umwandeln, entscheiden die Kunden nach ihren Bedürfnissen (Geldnachfrage im Sinne von Nachfrage nach Barzahlungsmitteln). Die Bargeldversorgung der Wirtschaft muss jederzeit gesichert sein. Sonst entsteht ein Sturm auf die Banken (bank-run). Die Notenbank kann den Bargeldhahn daher nie zudrehen. Ihre Wochenausweise zeigen, dass der Bargeldbedarf im Jahresverlauf stark schwankt.

Sie steuert mit dem Leitzins nur die Nachfrage nach Notenbankkrediten; aber diese Lenkung ist recht schwammig.

So hängt alles mit allem zusammen – man weiß nur nicht genau genug, wie alles mit allem zusammenhängt. Silvio Gesell hatte auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zu verstetigen. Dann verschwinden die ewigen Schwankungen aus dem Wirtschaftsprozess und das Preisniveau kann leichter als bisher durch Feinststeuerung der Geldmenge stabil gehalten werden. Aber diese Erkenntnis hat sich in der Wirtschaftswissenschaft und bei den Notenbanken noch nicht hinreichend durchgesetzt. Sie kommen jedoch langsam immer näher heran.

»Die ›Umlaufgeschwindigkeit‹ blieb der Bundesbank so unheimlich, dass sie sie in Anführungszeichen verpackte oder mit dem Wörtchen ›sogenannte‹ auf Abstand hielt.«

Übergang zur Zinssteuerung

Erkenntnisprozesse sind Suchprozesse, die oft auf verschlungenen Wegen stattfinden, die schwer zu überschauen sind. Die Berechnungen der anzustrebenden Geldvermehrung führten durchaus zu besseren Ergebnissen der Notenbankpolitik. Das Preisniveau schwankte nicht mehr so stark wie früher. Aber ganz zufrieden konnte man mit den Ergebnissen noch nicht sein, vor allem enttäuschte, dass die rechnerischen Zusammenhänge, die so klar und einfach schienen, sich in der Wirklichkeit nicht so einstellten, wie sie vorausberechnet waren. Die Geldmengenpolitik der Monetaristen verlor immer mehr Anhänger.

Die EZB ging ebenfalls von der Fahne. Sie verabschiedete sich vom monetaristischen Denken nicht ganz, schob es aber als »zweite Säule« in den Hintergrund und berechnete

von Anfang an die geplante Vermehrung der Geldmenge nicht mehr von Jahr zu Jahr neu, sondern versuchte, die zu erwartende Veränderung der Preise durch Steuerung mittels der Leitzinsen im gewünschten Rahmen zu halten. Der gewünschte Rahmen war eine Inflationsrate »unter 2%«.

Interessanterweise hat die amerikanische Notenbank eine solche Bezifferung der Inflationsrate lange verweigert. Wollte sie erst einmal verschiedene hohe Ziele ausprobieren, bevor sie sich auf eine Zahl festlegte? Sie tat wohl unter Greenspan jeweils das, was aufgrund ökonomischer Überlegungen notwendig schien, um eine Inflationsrate von 3% zu erreichen. Auf diesem Niveau bewegte sich die amerikanische Inflationsrate dann auch lange Zeit. Dabei war die Arbeitslosigkeit niedriger als im Euro-Raum. Sie sank sogar unter 5%, ohne dass dies die Inflationsraten hochtrieb, wie viele Ökonomen vorhergesagt hatten.

Japan und die Gefahrenzone Deflation

Die wie eine Echternacher Springprozedur stattfindenden Lernprozesse der Notenbanken wurden zu Beginn unseres Jahrtausends kräftig angestoßen durch wissenschaftliche Analysen der besorgniserregenden Entwicklungen in Japan. Nach einer Immobilienblase brachen dort das Bankensystem und die Konjunktur zusammen. Obwohl die japanische Notenbank alles getan hatte, was auch die westlichen Notenbanken für die japanischen Verhältnisse seinerzeit für notwendig hielten, geriet Japan in eine leichte Deflation, aus der es sich bis heute trotz Leitzinsen nahe null Prozent und ausufernder Staatsausgaben nicht befreien konnte. Infolgedessen stagnierte die japanische Wirtschaft. Eine Staatsschuldenkrise blieb in Japan nur deshalb aus, weil der japanische Staat nicht im Ausland, sondern nur bei seiner eigenen, sparfrendigen, aber besonders stark alternenden Bevölkerung zu allergeringsten Zinsen verschuldet ist.

Als Ergebnis stellten die westlichen Notenbanken mit Erschrecken fest, dass sie in einer ähnlichen gesamtwirtschaftlichen Lage nicht anders gehandelt hätten als die japanische Notenbank und deswegen auch einmal in eine Deflation geraten könnten, aus der ein Entkommen schwer ist. Insbesondere amerikanische Wissenschaftler erkannten, dass Vorsorge getroffen werden müsste, nicht in eine ähnliche deflationäre Situation wie Japan zu geraten. In diese Gefahrenzone dürfte man erst gar nicht kommen. Sie beginnt mathematisch bei null Prozent Inflation bzw. Deflation; alles darunter ist Deflation, alles darüber ist Inflation.

Es wurde erkannt und ausgesprochen, dass sich die Notenbanken im Bereich der Inflation halten müssten, wenn sie die Gefahrenzone im Vorhof der Deflation vermeiden wollen. Es müsse eine »Pufferzone« zur Deflation eingehalten werden. Die amerikanische Notenbank spricht seither immer wieder einmal davon, die Inflationsraten seien »unerwünscht niedrig«. Es hat bis Anfang 2012 gedauert, bis sie verkündet hat, dass sie die Geldpolitik so führen werde, dass sich im längerfristigen Durchschnitt eine Inflation von 2% ergeben werde. Es war deutlich, dass ein schon seit langem verfolgtes Ziel niedriger Inflationsraten endlich öffentlich beziffert wurde.

Die Geldpolitik gehört auf den Prüfstand!

Da war ihr die EZB schon lange voraus. Sie hat bereits im Jahre 2003 verkündet, als »Sicherheitsabstand von der Deflation« eine Inflation von »unter, aber nahe 2%« anzustreben. Und an diesem »Inflationsziel« hat sie bis heute festgehalten. Nach zehn Jahren wäre es nun eigentlich Zeit für eine Evaluation dieses Ziels. Die Arbeitslosigkeit ist im Euro-Raum weit höher als in den USA; die Konjunkturpolitik wurde den Nationalstaaten überlassen, was diese in die Überschuldung trieb. Staatliche Konjunkturpolitik ist in Europa nicht mehr möglich. Nur die Geldpolitik könnte noch starke Konjunkturimpulse setzen.

Die Zinsen auf dem Sparbuch – für Otto Normalverbraucher eine Beruhigungsspielie gegen die immerwährende leichte Inflation.

Die Aufrechterhaltung des Sicherheitsabstandes von der Deflation kann Aktionen der Notenbank erfordern, wenn die Inflationsrate – wie zurzeit im Euro-Raum – deutlich unter 2% absinkt. Normalerweise senken die Notenbanken dann den Leitzins, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage anzuregen. Auch die EZB hat das kürzlich getan, jedoch den Anstieg der Realzinsen, der zuvor durch den Rückgang der Inflationsrate erfolgt war, allenfalls zur Hälfte ausgeglichen. Schon vor über zehn Jahren zeigte das japanische Beispiel, dass sich die Leitzinsen der Null-Linie schon so weit genähert haben können, dass weitere Senkungen nicht mehr möglich sind oder kaum noch Wirkung versprechen.

Negative Leitzinsen?

Negative Leitzinsen kann die Notenbank nach Meinung vieler Ökonomen nicht festsetzen, weil dann ihre Kreditnehmer, die Geschäftsbanken, versuchen würden, Notenbankkredite aufzunehmen und sich Bargeld geben zu lassen, um dieses über die Laufzeit der Notenbankkredite im eigenen Tresor zu horten und dann zur Tilgung der Kredite zurückzugeben, um für das Kreditnehmen den (negativen) Zins zu bekommen. Bei negativen Zinsen verdient der Schuldner und zahlt der Gläubiger. Die Hortbarkeit des Bargeldes begründet die Nullzinsschranke für die Leitzinsfestsetzung.

Diese Problemlage des Ausfalls der Leitzinspolitik bestand in Japan schon zur Jahrtausendwende und sie wurde damals schon in der amerikanischen Literatur breit erörtert. Dabei kam der Mainstream auf die monetaristische Lehre zurück, dass Erhöhungen der Geldmenge zu Inflation führen, und man er-

»Silvio Gesell hat auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zu verstetigen. Dann verschwinden die ewigen Schwankungen aus dem Wirtschaftsprozess und das Preisniveau kann leichter als bisher durch Feinsteuerung der Geldmenge stabil gehalten werden.«

innerte sich daran, dass Milton Friedman darauf hingewiesen hatte, dass die Notenbank auch andere Mittel als die Leitzinspolitik habe, um die Geldmenge zu erhöhen. Augenzwinkernd schlug er selbst einmal vor, die Notenbank könne Bargeld auch vom Hubschrauber aus auf die Bevölkerung herabregnen lassen, um es in Umlauf zu bringen. Um die Bargeldmenge auch wieder einmal verringern zu können, ist es jedoch klüger, die Notenbank kauft an der Börse mit frischem Geld sichere Wertpapiere, z.B. Staatsanleihen, die sie wieder verkaufen kann, wenn sie später das Geld wieder einsammeln will.

Dieser Weg der Geldvermehrung wurde in den letzten Jahren weltweit in einem solchen Ausmaß beschritten, dass es gerade eingefleischten Monetaristen wegen des dadurch entstandenen Inflationspotentials unheimlich wird. Nur zeichnet sich die schon lange erwartete Inflation immer noch nicht ab. Nur wenn am Markt mehr Zahlungsmittel mehr Konsumnachfrage hervorrufen, können die Konsumentenpreise steigen.

Japan hat in den letzten Monaten nach einem Regierungswechsel versucht, durch zwei Maßnahmen einen Impuls zu setzen: Die Notenbank hat im April beschlossen, geldpolitisch



alles zu tun, um bis Ende 2014 eine Inflationsrate von 2% zu erzeugen. Bisher betrug ihr Inflationsziel 1%. Es wurde angekündigt, dazu nochmals mit frischem Geld in gewaltigem Umfang Staatsanleihen anzukaufen. Die Ankündigung hat den Wechselkurs des Yen gegenüber dem Euro seit November um 30% gedrückt und lässt nun offenbar auch die Konjunktur anspringen. Die absolute Höhe des neuen Inflationsziels ist nicht sehr beeindruckend, weil sie nur der in den westlichen Ländern üblich gewordenen Höhe entspricht. Aber vielleicht bewirkt schon die Verdoppelung des alten Inflationsziels von 1% spürbar Gutes.

In der amerikanischen Diskussion wurde mehrfach von hochrangigen Ökonomen darauf aufmerksam gemacht, dass die Bargeld-Haltegebühr von Silvio Gesell negative Leitzinsfestsetzungen ermöglichen würde. Die Geschäftsbanken könnten dann mit Notenbankkrediten und Bargeldhortung keinen Gewinn erzielen, weil das Bargeld in ihrem Tresor mit Haltegebühren belastet wäre, die höher wären, als die negativen Zinsen, die sie bei Kreditaufnahme bei der Notenbank verdienen könnten. Bis zur Höhe der Bargeld-Haltegebühr könnten daher negative Leitzinsen festgesetzt werden und negative Zinsen im kurzfristigen Kapitalmarkt bestehen. Amerikanische Top-Wissenschaftler haben Silvio Gesell verstanden und nennen ihn auch in ihren Arbeiten. Auch über diesen Fortschritt in der Wissenschaft dürfte sich Silvio Gesell ehrlich freuen.

Aber vereinzelte Schwalben machen noch keinen Sommer. Die Hinweise auf Gesells Vor-

schlag fanden genausowenig die wünschenswerte breite Resonanz, wie der gleich mitgegebene Rat, man könne die Leitzinsen auch dadurch in den negativen Bereich drücken, dass man eine höhere Inflationsrate zulasse. Dann bleiben die festgesetzten Leitzinsen nominal über null Prozent, aber nach Abzug der Inflationsrate seien sie real betrachtet doch deutlich im negativen Bereich.

Die Situation leicht negativer kurzfristiger Realzinsen haben wir nun schon seit einigen Jahren, aber die Notenbanken argumentieren damit nicht. Sie sollten sich fragen, ob ihre Kommunikation mit den Märkten nicht noch aggressiver werden muss. Sie sollten sich nicht nur zu ihrem Inflationsziel bekennen, sondern auch zu den sich daraus ergebenden negativen Realzinsen. Den Sparern muss bewusst gemacht werden, dass sie sowohl mit der Bargeldhaltung als auch mit kurzfristigen Anlagen Verluste erleiden, und den Kreditnehmern muss bewusst gemacht werden, dass die Inflationsraten von den vereinbarten und zu bezahlenden Nominalzinsen abzuziehen sind und ihnen negative Realzinsen sogar Gewinne versprechen. Der Bewusstseinswandel wird das Verhalten vieler Marktteilnehmer verändern. Die Notenbanken haben die Autorität, ihn einzuleiten.

Ein kleiner Lichtblick ist auch, dass die Fed im Dezember 2012 angekündigt hat, sie werde Anhebungen der Leitzinsen zur Inflationsbekämpfung solange zurückstellen, bis die Arbeitslosigkeit unter 6,5% gefallen ist – es sei denn, es zeichne sich ab, dass die Inflationsrate 2,5% überschreiten werde. Ermutigend ist die Relativierung des von ihr erst kürzlich bezifferten Inflationsziels.

Der Monetarismus hat Potential

Noch wird in der wissenschaftlichen Diskussion, soweit ich sehe, nur mit der Wirkung der Inflationsrate auf den Realzins argumentiert. Es fehlt noch der Hinweis auf die Wirkungen unterschiedlicher Inflationserwartungen auf die Wertaufbewahrungsfunktion und damit die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes auf den Waren- und Dienstleistungsmärkten. Auf welchem Niveau müssen die Notenbanken die Inflationserwartungen der Bevölkerung verankern, damit die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes nicht mehr sinkt, sondern mit Sicherheit konstant bleibt?

Der Absturz in eine Deflation ist heute nicht mehr von einer falschen Geldmengenpolitik zu erwarten, sondern nur noch von einem sich beschleunigenden Absinken der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, wenn die Inflationsraten einmal wieder sinken. Wer nur die Geldmenge im Auge behält und nicht zugleich ihre Umlaufgeschwindigkeit, ist nur ein »halber Monetarist«.

Wer die letzten Jahrzehnte der Geldpolitik Revue passieren lässt, kommt nicht umhin, beachtliche Fortschritte festzustellen, was die Annäherung an Stabilität im Geldwesen anbetrifft. Die Inflationsraten schwanken weniger, weil sich die scheinbar paradoxe Erkenntnis durchgesetzt hat, dass echte Geldwertstabilität nicht mehr angestrebt werden darf. Für Monetaristen war das die Relativierung eines hehren Zieles. Der Stabilitätsbegriff verschiebt sich von echter Geldwertstabilität zur Stabilität einer Mindest-Inflationsrate. Das ist aber noch nicht mit ausreichender Konsequenz umgesetzt, was ihre Höhe betrifft.

Wer genau hinschaut, erkennt, dass die Deflationsgefahr auch heute noch nicht gebannt ist, weil der Sicherheitsabstand von der Deflation – also das Inflationsziel – zu gering bemessen ist. Die Inflationsraten sinken zurzeit in den USA und im Euro-Raum ganz bedenklich sogar unter den Sicherheitsabstand von der Deflation, den die Notenbanken selbst für erforderlich erkannt haben. Die Alarmglocken schrillen nicht laut genug. Viele freuen sich ganz naiv über die sinkenden Inflationsraten und die deshalb steigende Kaufkraft der Lohnerhöhungen, ohne wahrzunehmen, dass sinkende Inflationsraten nie zu mehr, sondern in der Regel zu weniger Käufen führen, weil die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes gestärkt wird und deshalb seine Umlaufgeschwindigkeit stärker sinkt.

Geldhaltegebühr unproblematischer als Inflation

Es muss also dringend die Notwendigkeit erkannt werden, die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zu stabilisieren. Dann kann die öffentliche Debatte geführt werden, welches Mittel besser geeignet ist, um dieses Ziel zu erreichen. Die Geldhaltegebühr nach Silvio Gesell ist unproblematischer als heraufgesetzte Inflationserwartungen. Denn die Inflation beeinträchtigt nicht nur die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes, sondern zugleich noch seine Wertmesserfunktion. ■



Eckhard Behrens, geb. 1937, ist Jurist mit umfassendem Studium der Volkswirtschaftslehre, insbesondere bei Prof. Dr. iur. Franz Böhm, einem der geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft. Beruflich war er in der

Verwaltung der Universität Heidelberg tätig, von 1973 bis zur Pensionierung als Dezent für Studium und Lehre. Behrens ist seit 1987 Vorstandsmitglied des Seminars für freiheitliche Ordnung (SffO) in Bad Boll. www.EBehrens.de

»Der Absturz in eine Deflation ist heute nicht mehr von einer falschen Geldmengenpolitik zu erwarten, sondern nur noch von einem sich beschleunigenden Absinken der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes.«

Original und Fälschung

Die Liquiditätsfalle und wie man mit ihr umgeht

Die Notenbanken verabschieden sich derzeit von der Inflationsbekämpfung, wichtiger ist heute die Bekämpfung von Deflation. Dabei versagen die herkömmlichen Mittel jedoch, weil Liquidität gehortet wird. Wie kann man dem Geld Beine machen?

Im Jahr 2009 schrieb der bekannte amerikanische Ökonom N. Gregory Mankiw einen bemerkenswerten Beitrag in der »New York Times«. ¹⁾ Angesichts »zunehmender Arbeitslosigkeit und eines Finanzsystems im Chaos« machte er sich unkonventionelle Gedanken, wie man der Rezession am besten entkommen könnte.

Die übliche Methode einer Niedrigzinspolitik der Zentralbanken sei an ihre Grenze gelangt; angesichts einer *Federal Funds Rate* von nahezu null gäbe es keinen Spielraum mehr nach unten. Denn bei negativen Zinsen würde niemand mehr Geld verleihen, sondern es eher in die Matratze stecken: »Weil Geldhaltung einen Ertrag von genau null verspricht, können Kreditnehmer nicht weniger bieten.«

Was aber, so Mankiw, wenn die Fed ankündigen würde, »dass sie in einem Jahr eine

Zahl von 0 bis 9 aus einem Hut ziehen würde«? »Alles Geld mit einer Seriennummer, die mit dieser Zahl endet, wäre kein gesetzliches

hen, weil 3% zu verlieren besser ist, als 10% zu verlieren.«

Der Vorschlag einer Geldhaltegebühr (tax

»Weltliche Weisheit lehrt, dass es besser für den Ruf ist, konventionell zu versagen als unkonventionell erfolgreich zu sein.«

John Maynard Keynes

Zahlungsmittel mehr. Plötzlich wäre der erwartete Ertrag der Geldhaltung minus 10%.« In diesem Fall könnte die Fed die Leitzinsen tatsächlich auch unter null senken. »Die Leute wären froh, Geld zu minus 3% zu verlei-

on holding money), von dem deutschen Ökonomen Silvio Gesell entwickelt und von John M. Keynes »zustimmend zitiert«, sei plötzlich wieder sehr modern angesichts der Tatsache, dass Banken beträchtliche Überschussreserven halten.

Dieser Hinweis eines renommierten Ökonomen auf Silvio Gesell und seine Idee ist schon bemerkenswert. Dann aber vollzieht Mankiw eine Wende zu einem Vorschlag, den vor allem der Wirtschaftsnobelpreisträger von 2008, Paul Krugman, seit längerer Zeit propagiert: »Falls all das zu sonderbar erscheint, gibt es einen prosaischeren Weg, negative Zinssätze zu erhalten: durch Inflation.«

Doch ist Inflation tatsächlich eine Entsprechung zu Gesells Geldhaltekosten, wie Mankiw hier suggeriert?

Krugmans Parabel, »die die Welt retten könnte«

In seinem viel beachteten Artikel »It's baaack!« ²⁾ von 1998 diagnostizierte Paul Krugman für Japan die Liquiditätsfalle, ein Phänomen, das die Wirtschaftswissenschaft üblicherweise allenfalls als »theoretische Möglichkeit« ansieht.



Bei zu niedrigen Zinsen halten heute Sparer ihr Geld fest, anstatt es zu verleihen.

¹⁾ »It May Be Time for the Fed to Go Negative«; NYT, 18. 4. 2009; http://www.nytimes.com/2009/04/19/business/economy/19view.html?_r=0

»Der Umstand stets positiver (nomineller) Zinssätze rührt genau daher, dass sich heute die Zentralbanken den Nutzen des Geldhaltens nicht von den Nutzern bezahlen lassen.«

Für Laien verständlich erläuterte Krugman das Problem der Liquiditätsfalle zudem mehrfach in Nacherzählungen einer Geschichte von Joan und Richard Sweeney aus den späten Siebzigern. Die Story der Great Capitol Hill Babysitting-Kooperative habe sein Leben verändert und ihn auch in Zeiten von Krise und Rezession hoffnungsvoll bleiben lassen, schwärmte Krugman. Sie zeige uns etwas, »das die Welt retten könnte«.³⁾

Die Mitglieder der Koop wollten sich das Geld für Babysitter sparen und schlossen sich zu einem Babysitting-»Tauschring« zusammen. Dieser führte Berechtigungsscheine (*scrip*) ein, die man gegen Babysittern einlösen konnte. Er kam jedoch in Schwierigkeiten, weil die Gutscheine häufig gehortet wurden.

Um eine lange Geschichte kurz zu machen: Krugman zeigt zur Lösung des Problems die Möglichkeit auf, die Gutscheine mit einem »eingebauten Verfall« auszustatten: »Die Lösung ist, klarzustellen, dass Punkte, die im Winter verdient wurden, abgewertet werden, wenn sie bis zum Sommer aufgespart werden.«

»Aber was in der Nicht-Babysitting-Wirtschaft entspricht unseren Gutscheinen, die im Sommer dahinschwinden?«, fragt Krugman dann. Seine Antwort ist für den erwartungsfrohen Freiwirtschaftler enttäuschend: »Die Antwort ist, dass eine Wirtschaft, die sich in der Liquiditätsfalle befindet, erwartete Inflation braucht – das heißt, sie muss die Menschen überzeugen, dass der Yen, den sie am liebsten horten würden, in einem Monat oder einem Jahr weniger Kaufkraft haben wird als heute.«

Der Krugman-Plan

Der Weg, den Krugman aufzeigt, sieht folgendermaßen aus: Die Zentralbank soll den Menschen »glaubhaft« vermitteln, dass sie Infla-

tion erzeugen wird, sie muss also Inflationserwartungen wecken. – Man kann sich an dieser Stelle natürlich fragen, warum er nicht empfiehlt, dass sie einfach Inflation *erzeugt*. Aber das kann sie ja nicht! Die Mittel der Geldpolitik sind ausgeschöpft, wie auch Mankiw erklärt.

Die Zentralbank soll also die Sparer (die in diesem Fall Horter sind) davon überzeugen, dass sie etwas tun wird, das sie offenbar nicht kann. Und dann sollen letztere ihre Horte leeren. Ist auf diese Weise die Liquiditätsfalle erst einmal überwunden, greift die Geldpolitik wieder.

Es braucht also eine Initialzündung durch eine Täuschung der Sparer – anders kann man es nicht nennen – indem man, salopp formuliert, den Büttel mit der Glocke über die Dörfer schickt und Inflation verkünden lässt, die man eigentlich gar nicht machen kann. Und dann kommt die Wirtschaft wieder in Schwung.

Krugman nennt dies »Bootstrapping«-Politik (to bootstrap: einen Computer urladen), »in der die Ankündigung eines Inflationsziels

Liquiditätsfalle

Als Liquiditätsfalle bezeichnet man die Situation einer Volkswirtschaft, in der die offiziellen Zinssätze so weit gegen null gefallen sind, dass die herkömmliche Geldpolitik versagt.

Das Phänomen, dass Geld bei sinkenden Zinssätzen nicht mehr für Investitionen angeboten wird und somit dem Wirtschaftskreislauf tendenziell entzogen wird, wurde von dem Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes beschrieben. (...)

Den (...) dem flüssigen Geld immanenten »Liquiditätsvorteil« gegenüber der Ware identifiziert John Maynard Keynes als Ursache für die »Liquiditätsprämie des Geldes«. Dieser Vorteil lässt sich nach Keynes bei etwa 3 Prozent beziffern. Demnach stünde flüssiges Geld grundsätzlich nur dann am Finanzmarkt als Kredit zur Verfügung und könne damit zu Geldkapital werden, wenn der dafür zu erwartende Geldzins diesen Liquiditätsvorteil von etwa 3 % übersteigt oder ihn zumindest ausgleicht.

Als Folge der »Liquiditätsprämie des Geldes« würde für Investitionen, deren Rendite unterhalb dieser »ehernen Grenze« von etwa 3 % liegt, kein Geld zur Verfügung gestellt werden. Solche Investitionen würden somit nicht getätigt werden. Das gelte für Investitionen in Sachkapital ebenso wie für Anlagen am Kreditmarkt. Da die für Investitionen in Sachkapital zu erwartende Rendite (der »Sachzins« oder »Realkapitalzins«) bei steigendem Sachkapitalstock, also wachsender Ausstattung mit Produktionsmitteln, stetig abnimmt, unterblieben dann oft langfristig wichtige Investitionen.



Die aktuelle Geldpolitik – ein Tanz auf Messers Schneide

Flüssiges Geld (vermögen) (Liquidität) steht dem Wirtschaftskreislauf dann verstärkt nur noch kurzfristig zur Verfügung. Es würde – infolge der Erwartung der Liquiditätsprämie – gehortet. (...) Zunehmend fehlen dem Wirtschaftskreislauf die notwendigen langfristigen Finanzmittel (Kreditverknappung).

Das infolge verbesserter Sachkapitalausstattung eintretende Absinken der Rendite von Sachkapital (»Sachzins«) auf unter drei Prozent führt nach Keynes in die »Liquiditätsfalle«: Geld bleibt zunehmend liquide, steht dem Wirtschaftskreislauf nur noch kurzfristig zur Verfügung. Die Folge davon ist eine strukturelle Nachfragerücke und langfristige Deflation, verbunden mit latenter Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit. Es werden damit Krisenerscheinungen virulent, die zunehmende staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben hervorrufen. Oft geschieht dies in Form von wiederholten enormen »Finanzspritzen« und Zinssenkungen der Zentralbank, was wiederum latente Inflationsgefahr bei gleichzeitig steigender Deflationsgefahr bedingt – ein »Tanz auf des Messers Schneide«.

²⁾ http://web.mit.edu/krugman/www/bpea_jp.pdf

³⁾ »Baby-Sitting the Economy«, Originaltext unter: http://www.slate.com/articles/business/the_dismal_science/1998/08/babysitting_the_economy.2.html Eine deutsche Übersetzung findet sich unter: <http://www.keynes-gesellschaft.de/Hauptkategorien/GeneralTheory/Krugmanbabysitting.php>.

Die ursprüngliche Geschichte der Sweeneys erschien 1978 im renommierten »Journal of Money, Credit, and Banking«.

Quelle:

<http://de.wikipedia.org/wiki/Liquiditätsfalle>

die Expansion erzeugt, die schließlich die Inflation schafft« (S. 59, an dieser Stelle fasst er die Möglichkeit ins Auge, dass man diese Politik für nicht machbar halten könnte).

Die Theorie der Liquiditätsfalle

Einen Schlüssel zum Verständnis der Liquiditätsfalle liefert die Liquiditätspräferenztheorie in Keynes' »Allgemeiner Theorie«. Danach ist unter der Liquiditätsfalle eine Situation zu verstehen, in der »fast jedermann Bargeld dem Besitz eines Darlehens ... vorzieht« (Keynes, Allgemeine Theorie, S. 173), weil die Zinsen, die man für eine Anlage bekommen würde, zu niedrig sind. Nach Keynes ergibt sich der Gesamtertrag oder Eigenzinssatz eines Vermögensbestandes aus seinem Erträgnis q , seinen Haltekosten (carrying costs) c und der Liquiditätsprämie l . Es gilt also: $\text{Gesamtertrag} = q - c + l$. (Allgemeine Theorie, S. 189) Für Anlegerentscheidungen spielen also noch andere Faktoren eine Rolle als der bloße Zinssatz.

Bei Bargeld ist das Erträgnis (der Zins) null, die Haltekosten sind nach Keynes unbeachtlich, die Liquiditätsprämie jedoch ist beträchtlich. Somit ergibt sich für Bargeld ein Gesamtertrag in Höhe der Liquiditätsprämie, also ein positiver Gesamtertrag – obwohl es keine Zinsen gibt!

Damit kommt es zur Liquiditätsfalle (Hortung), wenn der Zinsertrag einer Anlage die Liquiditätsprämie des Bargeldes nicht übersteigt. Und das ist schon bei niedrigen Zinssätzen der Fall, nicht erst bei einem Zinssatz von null. Die nominellen Zinssätze müssen also immer positiv sein, wenn die Liquiditätsfalle vermieden werden soll. Keynes schätzt die Untergrenze für ein langfristiges Darlehen auf 2 - 2,5% (Allgemeine Theorie, S. 183).

verleihen, wenn es dabei nicht mehr einbringt als unter der Matratze?

Wenn diese Art zu sparen aber gesamtwirtschaftlich unerwünscht ist, wie kann man sie verhindern? Nichts einfacher als das – man tut das, was man allgemein als die marktwirtschaftliche Methode bezeichnet, um unerwünschtes Verhalten zu verhindern: Man verbindet dieses mit Kosten.

Das ist der Vorschlag, den Silvio Gesell, aber auch Wirtschaftsnobelpreisträger Maurice Allais und einige andere, wie N.A.L.J. Johannsen und Rudolf Steiner, gegen die Geldhor-

Aufgabe dieses Nutzens entlohnt wird in Form von Zinsen.

Geldhaltekosten vs. Inflation

Sind Geldhaltegebühr und Inflation nun tatsächlich das Gleiche? Zunächst einmal muss festgestellt werden, dass Inflation und Geldhaltekosten sich auf völlig unterschiedlichen Ebenen bewegen.

Geldhaltekosten sind ein Instrument, ein Mittel, das per Gesetz eingeführt werden kann. Inflation ist kein Mittel, sondern Effekt des Einsatzes eines Mittels. Dabei sind in der Liquiditätsfalle offenbar die üblichen Mittel



Mit Geldhaltekosten werden Menschen bereitwillig ihr überschüssiges Geld auch ohne hohe Zinsen und Renditen geben. Die Geldhaltegebühr wirkt gegen den heutigen Verwertungsdruck und Renditezwang.

tung gemacht haben: Man führt eine Geldhaltegebühr ein.⁴⁾ Man sollte sie vielleicht besser Geldnutzungsgebühr nennen, eine Gebühr, die der Nutzer für den Nutzen des Geldes entrichten muss, so wie man für alles

ausgereizt, um Inflation erzeugen zu können.

Deshalb sollen nach Krugman wirtschaftliche Expansion und Inflation über die »Erzeugung von Inflationserwartungen« erreicht werden.

»Auf angelegtes Geld wird keine Geldhaltegebühr erhoben, es wird dadurch also nicht entwertet.«

Diese Theorie legt nahe, dass jede Vermögensform, die einen niedrigeren Grad an Liquidität hat als Bargeld, Zinsen abwerfen, also einen nominellen Zins haben muss (zumindest aber, dass nicht alle Sparer Liquidität – auch kurzfristig – ohne Zinsen aufzugeben bereit sind).

Die Verhinderung der Liquiditätsfalle durch Geldhaltekosten – das Original

Wie sieht das von Mankiw erwähnte Rezept Gesells gegen die Liquiditätsfalle aus?

Mankiw hat uns ebenfalls erklärt, wie es zur Liquiditätsfalle kommt, nämlich durch zu niedrige Zinsen: Warum soll man sein Erspar-

Nützliche, das einem von anderen überlassen wird, etwas bezahlen muss. Etwas anderes als eine Gebühr für einen tatsächlichen Nutzen würde sich auch gar nicht durchsetzen lassen.

Der Umstand stets positiver (nomineller) Zinssätze rührt genau daher, dass sich heute die Zentralbanken den Nutzen des Geldhaltens nicht von den Nutzern bezahlen lassen. So geben diese, wenn sie Geld übrig haben, den Nutzen des Geldes nur weiter, wenn die

Wie wirken Geldhaltegebühr und Inflation? Die Entscheidungen über die Einkommensverwendung lassen sich in einer Art Kaskade darstellen. Die erste Entscheidung ist die, ob man Einkommen ausgeben soll (für Konsum) oder sparen. Fällt die Entscheidung für das Sparen, ist die nächste Frage, ob man anlegen soll oder liquide bleiben (also horten = Liquiditätsfalle):

Einkommensverwendung der Konsumenten:

- Einkommen
- (1) Ausgeben
 - Nicht ausgeben (sparen)
 - (2) Anlegen
 - Nicht anlegen (horten)

Die Geldhaltekosten nach Gesell, Allais u. a. wirken konstruktiv an Punkt (2), da, wo die Entscheidung zum Sparen gefallen ist und die Frage heißt: Anlegen oder horten? Geldhaltekosten zwingen praktisch zum Anlegen, da sie Hortung kostspielig machen.

⁴⁾ Die Methode ist bei allen Autoren anders als die von Mankiw geschilderte Auslösmethode. Die Höhe der Haltekosten liegt bei Gesell und Allais bei 5% pro Jahr.

Ihre Wirkung ist die Reduzierung der Haltung von Liquidität auf das notwendige Maß. Auf angelegtes Geld wird keine Geldhaltegebühr erhoben, es wird dadurch also nicht entwertet. Solange es keine Geldhaltekosten gibt, ist an Punkt (2) ein nomineller Zins erforderlich, damit Sparer Liquidität aufgeben. Mit Geldhaltekosten dagegen können auch die nominellen Zinssätze aller Fälligkeiten auf null sinken.

Inflation (genauer: die Erwartung steigender Preise) hat an Punkt (2) keine Auswirkung. Denn steigende (Konsumgüter-)Preise (die gängige Inflationsrate bezieht sich nur auf Veränderungen der Konsumgüterpreise) wirken sich auf angelegtes und gehortetes Geld gleich aus. Inflation entwertet beide in gleichem Maße. Den Unterschied zwischen Anlegen und Horten machen im Wesentlichen der nominelle Zinssatz und die unterschied-

nötigen. Die Erfahrung spricht dagegen, dass man damit eine wünschenswerte wirtschaftliche Situation schaffen kann. Nicht zu Unrecht gelten hohe Inflationsraten selbst als Auslöser wirtschaftlicher Störungen. Krugman nennt seinen Vorschlag ja selbst unverantwortlich: Die Zentralbank müsse »glaubhaft versprechen, unverantwortlich zu sein.« (»It's baaack!«, S. 28)

Unter der Voraussetzung, dass die Krugman-Methode funktioniert, könnte man im besten Fall ein sehr großes Übel (Deflation) durch ein kleineres Übel (Inflation) ablösen. Eine Rezession ist auch bei steigenden Preisen nicht ausgeschlossen.

Krugman hat ganz offensichtlich keine Vorstellung, wie eine »selbststeuernde Wirtschaft« mit »optimaler Effizienz« aussehen könnte, in der »Zyklen nicht vorstellbar sind«, wie sie sein Nobelpreiskollege Maurice Allais

nelle Zins bedeutet Zinseinkommen. Und die wiederum bedeuten Schmälerung der Arbeits-einkommen. Die Vision vom »sanften Tod des Rentiers« bei Keynes, vom »Recht auf den vollen Arbeitsertrag« bei Gesell, von der »Universalität der Arbeitseinkommen« bei Allais hängt am nominellen Zins. Ein Bewusstsein um das Problem stets positiver nomineller Zinsen ist aber weder bei Krugman noch Mankiw erkennbar.

Fazit

Mankiw skizziert in seinem Artikel eine einfache Methode gegen die Liquiditätsfalle, die Methode von Gesell, Allais u. a.: Geldhaltekosten verhindern die Hortung, indem sie sie verlustreich machen. Durch die Geldhaltekosten ist somit gesichert, dass alle Ersparnis als Kredit zur Verfügung steht. Dadurch werden niedrigere nominelle Zinsen möglich als heute. Auch ein (nomineller) Nullzins für langfristige Anlagen wird möglich. Unter diesen Bedingungen ist der Zins tatsächlich eine »Bestimmte« und keine »Bestimmende« in der Wirtschaft (Keynes). Damit wird die Wirtschaft vom Kopf auf die Füße gestellt und zu einem selbstregulierenden System (Allais).

Dagegen steht ein diffuser Vorschlag, »Inflationserwartungen zu erzeugen«, der allerdings, wenn er Erfolge zeitigen sollte, deutlich andere Wirkungen hätte. Die Inflation als einen Heilsbringer zu betrachten, erscheint daher naiv und spiegelt eine große Hilflosigkeit der Ökonomen-Gilde wider.

Mankiw hatte immerhin den Mut, das Thema »Geldhaltekosten« anzusprechen. Dass Krugman einen großen Bogen darum macht, obwohl er einer der wenigen Ökonomen ist, die die Problematik der Liquiditätsfalle ernst nehmen, ist bedauerlich.

»Die Welt retten« mit dem höchst vagen Instrument der »Erzeugung von Inflationserwartungen« ist dann doch etwas hoch gegriffen. Es gibt nicht den geringsten Grund, die Forderung nach Geldhaltekosten zu relativieren zugunsten der »Erzeugung von Inflationserwartungen«.

Die Wirtschaftswissenschaft ist vielmehr gefordert, ihren viel beklagten Autismus zu überwinden und alle theoretischen Ansätze und alle Reformvorschläge wahrzunehmen und zu diskutieren. ■



Walter Hanschitz-Jandl, Jg. 1956, im Umweltschutz aktiv, befasst sich seit über 30 Jahren mit Fragen der Geld- und Bodenreform.

»Solange es keine Geldhaltekosten gibt, ist ein nomineller Zins für Geldanlagen erforderlich, damit Sparer Liquidität aufgeben. Mit Geldhaltekosten dagegen können auch die nominellen Zinssätze aller Fälligkeiten auf null sinken.«

liche Liquidität aus (s. »Keynes-Formel«, Allais ergänzt Keynes' Formel noch um eine ganze Reihe von Faktoren).

Die Erwartung steigender Preise kann also nur an Punkt (1) wirken. Ihre Wirkung kann nur ausgeben statt sparen sein. Inflation kann die Liquiditätsfalle also nur verhindern, wenn sie gleich das Sparen verhindert. Dass Inflation diesen radikalen Effekt hat, ist nicht auszuschließen, aber auch nicht sicher. Tatsächlich wird auch in Zeiten erheblicher Inflationsraten in Geldanlagen gespart.

An Punkt (1) spielen übrigens die Zinsen keine Rolle, wie vielfach fälschlich angenommen wird. Es ist sogar eine empirische Tatsache, dass bei niedrigen Zinsen mehr gespart wird. Gespart wird aus vielen Gründen, etwa zur Vorsorge für das Alter, aber nicht wegen der Zinsen.

Tatsächlich will Krugman explizit das Sparen verhindern. Es werde »zum Laster«. Dem ist entschieden zu widersprechen. Das Problem ist nicht, dass gespart wird, sondern dass »unter der Matratze« gespart wird. Krugman will also das Kind mit dem Bade ausschütten.

Wenn man jedes Sparen verhindern will, wird man wohl sehr hohe Inflationsraten be-

in »Économie et Intérêt« durch Geldhaltekosten und Bodenverstaatlichung, ergänzt durch 100%-Geld, verwirklicht sah. Krugman bleibt in dem Rahmen, der den »seriösen« Ökonomen ausmacht: absolute Visionsfreiheit und Respektierung von ökonomischen Tabus.

»Real-« und Nominalzins

Krugman spricht zwei Problembereiche an. Einerseits will er offenbar die Liquiditätsfalle durchbrechen, andererseits geht es ihm um die Erzeugung negativer »realer« Zinsen. Das sind zwei ganz unterschiedliche Dinge.

Die Liquiditätsfalle kann man mit Inflationserwartungen nur bedingt bekämpfen. Was man damit definitiv nicht kann, ist, Geld aus den Horten auf Bankkonten lenken, wie oben erläutert wurde.

Gegen die Möglichkeit negativer »realer« Zinsen spricht die Liquiditätspräferenztheorie von Keynes und Allais dagegen nicht grundsätzlich. Bedingung dafür, dass das Horten unterbleibt, sind jedenfalls keine positiven Realzinsen, sondern »nur« positive nominelle Zinsen. Diese aber sind nach Allais' nobelpreisgekröntem Hauptwerk »Économie et Intérêt« ein zentrales Problem in der Wirtschaft. Es ist ja der nominelle Zins, an dem die volkswirtschaftliche Verteilung hängt. Der nomi-

Perspektiven-Tagung erfolgreich

Die Perspektiventagung, die die INWO in Zusammenarbeit mit dem Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft, dem Ökosozialen Forum Deutschland, der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft und der Volkshochschule Essen am Freitag, den 15. und Samstag, den 16. März in Essen organisiert hat, ist sehr gut verlaufen. Unter dem Motto »Der nächste Crash kommt ...« (in Anlehnung an den Buchtitel von Max Otte) zeigten ausgezeichnete Referenten »Perspektiven für zukunftsfähige Finanz- und Geldsysteme« auf.

Sowohl vom Publikum als auch von den Referenten und Workshopleitern kamen sehr positive Rückmeldungen zur Qualität der Vorträge von Klaus Willemsen, Detlef Wendt, Christian Gelleri, Dirk Löh, Felix Fuders und Max Otte sowie der Workshops und Diskussionen.

Besonders der prominente Schlussredner Prof. Dr. Max Otte äußerte scharfe Kritik an der bisherigen »Krisenbewältigung«, die nur der Rettung einer kleinen Minderheit von Reichen gedient habe. Er begann seinen Vortrag mit Bildern von Darth Vader aus Star Wars und dem

Spruch »Stark geworden die dunkle Seite ist«. Zur Lösung der Probleme sollten sich die »Jedi-Ritter« für eine Finanztransaktionssteuer, eine Erhöhung der Erbschaftsteuer und insgesamt für ein faires Steuersystem einsetzen. Auch die Erhöhung des Eigenkapitals von Finanzinstitutionen und der Verbraucherschutz (Prüfung von Finanzprodukten) spielen eine Rolle.



Christian Gelleri vom Chiemgauer erklärt Max Otte die Funktionsweise und Wirkung der Umlaufsicherung

Ferner sei es wichtig, die Geldmenge und die Kreditmenge streng zu kontrollieren. Eine Umlaufsicherung sieht Otte jedoch schon durch die negativen Realzinsen in der »Financial Repression« ausreichend gegeben, was in der abschließenden Diskussionsrunde für Gesprächsstoff sorgte und insbesondere durch die sachkundigen Redebeiträge von Eckhard Behrens gut pariert wurde. Auch Christian Gelleri machte anhand seiner praktischen Erfahrungen mit dem erfolgreichen Chiemgauer Regiogeld deutlich, dass eine Gebühr auf Geldhortung etwas anderes ist und zur Bekämpfung der Krise einen wichtigen Beitrag leisten kann.

Inzwischen ist ein erster Vortrag – »Der geldpolitische Ausweg aus dem ökonomischen Dilemma« von Prof. Dr. Felix Fuders, der an der Universidad Austral de Chile Volkswirtschaftslehre lehrt – im Internet abrufbar: www.perspektiventagung.de/video/ oder auch auf der INWO-Homepage unter www.inwo.de/videos/

Max Otte eröffnete seinen Vortrag mit starken Bildern



Mitgliederversammlung 2013 der INWO Deutschland

Am Sonntag, den 17. März 2013, fand im Anschluss an die Perspektiventagung unsere diesjährige MV in der Volkshochschule Essen statt. Der Vorstand berichtete mithilfe einer Power-Point-Präsentation von den Aktivitäten im letzten Jahr. Diese Präsentation kann inzwischen auch im internen Bereich der INWO-Homepage abgerufen werden, ebenso der Kassenbericht.

Die rund 20 anwesenden Teilnehmer wählten Frank Rösner, der für den vakanten Posten des 2. Stellvertreters kandidiert hatte, zum dritten Mann im Vorstandsteam. Der bisherige 1. Vorsitzende Vlado Plaga und sein 1. Stellvertreter Erich Lange stellten sich zur Wiederwahl und wurden ohne Gegenstimmen in ihren Ämtern bestätigt. Stephan Gümbel und Mark Brill wurden zu den neuen Kassenprüfern gewählt.

Interessant für Aktive dürfte sein, dass §16 unserer Vereinsordnung von der MV geändert wurde. Zukünftig gilt in Bezug auf die Reisekosten von Aktiven, dass bei Mehrtagesveranstaltungen ein Übernachtungskostenzuschuss – auf Antrag, nach vorheriger Genehmigung und gegen Beleg – bis maximal 50 Euro pro Nacht möglich ist. In Ausnahmen (z.B. Bedürftigkeit) kann der Vorstand auch mehr genehmigen. Für Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln werden die Kosten für die 2. Klasse (gegen Beleg) oder für Fahrten mit dem PKW oder anderen Fahrzeugen mit 0,15 Euro pro gefahrenem Kilometer auf Antrag nach vorheriger Genehmigung erstattet.

Der Antrag zur Distanzierung vom BGE-Konzept, gestellt von Klaus Marienfeld und Vlado Plaga, wurde mit 9 Ja, 5 Nein und 2 Ent-

haltungen angenommen. Damit wird deutlich gemacht, dass die INWO als Verein nicht das Konzept des BGE vertritt. Insbesondere Vorstände und Mitglieder der INWO, die in Seminaren und Vorträgen im Namen der INWO sprechen, sollen, wenn sie sich öffentlich für das BGE aussprechen, in Zukunft deutlich machen, dass dies ihre Privatmeinung und nicht im Programm des Vereins enthalten ist.

Des Weiteren wurde dem auf einem Arbeitstreffen von Mitgliedern verschiedener wirtschaftlicher Gruppen erarbeiteten Wertekodex ohne Gegenstimmen zugestimmt.

Die von der Arbeitsgruppe erbetenen Nachbesserungen sind inzwischen eingearbeitet und der Wertekodex ist online gestellt: www.inwo.de/wertekodex

Wertekodex

Wir streben eine offene, demokratische, menschenwürdige und friedliche Gesellschaft aller Menschen an, in der Einkommens-, Vermögens- und Chancengerechtigkeit verwirklicht werden und die Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen gewährleistet ist. Um dieses Ziel zu fördern, sehen wir die Notwendigkeit einer Reform des Finanz- und Wirtschaftssystems. Eine solche Reform würde helfen, weltweit die Gefahr von sozialen Verwerfungen, Armut, Hunger, die Zerstörung der Umwelt und in Folge dessen auch die Gefahr von Kriegen zu reduzieren. Die Missstände sind im Wesentlichen systembedingt und zugleich trägt jede einzelne Person dabei individuell Verantwortung.

Die Werte, die wir vertreten, sind:

- Humanität, Solidarität, Verteilungsgerechtigkeit und Freiheit
- Akzeptanz der verschiedenen Kulturen und Religionen, Weltoffenheit und Freude am kulturellen Austausch
- Achtung des Lebens und der Natur
- Achtung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und des Grundgesetzes

Deshalb grenzen wir uns von allen Methoden und Formen der Auseinandersetzung ab, in deren Rahmen

- Akteure und Profiteure des jetzigen Finanz- und Wirtschaftssystems beurteilt werden, ohne neben ihrer persönlichen Verantwortung auch die strukturellen Voraussetzungen ihres Handelns wahrzunehmen,
- mit Feindbildern gearbeitet oder gegen Personen und Gruppen als vermeintlich Schuldigen an systembedingten Krisen und Ungerechtigkeiten polemisiert oder gehetzt wird,
- Geschichtsrevisionismus, insbesondere Holocaustleugnung oder Holocaustverharmlosung, akzeptiert oder aktiv betrieben wird,
- menschen- oder gruppenfeindliche Einstellungen, zum Beispiel in Form von ethnizierender oder religiöser Pauschalisierung, hingenommen oder verbreitet werden (Rassismus, Antisemitismus, Antislawismus, Sozialdarwinismus, etc.),
- Manipulation durch demagogische Mittel sowie durch Stereotypen und unüberprüfbare Theorien, die zur Erzeugung von Angst und Massenhysterie dienen, betrieben wird,

- zur Gewalt aufgerufen oder Gewalt angewandt wird.

Aus Verantwortung für das Wohl aller Menschen setzen wir uns für eine gerechte Finanz- und Wirtschaftsordnung ein, deren Grundlagen mit sachlicher Redlichkeit in einem diskursiven Prozess erarbeitet werden.



DEUTSCHLAND

INWO auf dem 34. Deutschen Evangelischen Kirchentag



Unser zehnköpfiges Standbetreuer-Team lieferte auf dem Kirchentag vom 2. - 4. Mai 2013 in Hamburg eine wirklich gelungene Präsentation der INWO ab. 35 Menschen haben sich spontan in unsere Liste eingetragen und wollen mehr Informationen erhalten. Drei neue Mitglieder konnten sogar direkt vor Ort aufgenommen werden, darunter eine angehende Pastorin. Neben unserem Basisflyer haben wir ca. 2.000 Bierdeckel ausgegeben. Auch die verschiedenen Ausgaben der Fairconomy wurden gerne genommen.

Es waren dieses Mal auffällig viele junge Menschen und auch mehr Frauen im mittleren Alter, die sich für die Themen der INWO interessierten. Das große INWO-Räderwerk war, wie immer auf den Kirchentagen, ein Besu-

chermagnet. Das dazugehörige Infoblatt wurde ca. 500-mal mitgenommen.

Das Standbetreuer-Team war hervorragend und mit viel Energie und Freude dabei. Sogar mit Baby vorm Bauch hat Antonio (leider nicht auf dem Bild) die Standbesucher in Gesprächen über die Fehler in unserem Geldsystem informiert und nebenher auch noch den Büchertisch betreut.

Ein Genuss war der von Frank Rösner eigens für die Standbetreuer organisierte Besuch einer Vorstellung des Kabarettisten H.G. Butzko, der mit seinem neuen Programm »Herrschaftszeiten« in Hamburg zu sehen war. Auch auf der Geldreform-Veranstaltung in der Arena



Leipzig war er dabei. Mit der Geldproblematik ist er also vollstens vertraut.

Ein weiterer Leuchtturm war am Samstag die Einlage der INWO auf dem SPD-Stand, als der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel anwesend war. Der will nun prüfen, ob im Bier wirklich 30% Zinsanteil stecken. Das würde ihm dann den Bierkonsum vermiesen, meinte er. Eventuell sollte ihn dann mal jemand anschreiben und das Ergebnis seiner Überprüfung einfordern ...

Die Aktion konnte in Teilen gefilmt werden und es ist ein kleiner Clip für die INWO-Homepage daraus entstanden. Wer den Clip sehen möchte, klickt einfach unter www.INWO.de auf den Bierdeckel, den jetzt ein Autogramm von Sigmar Gabriel zierte.

Erich Lange



INWO-Generationen – ein Gedankenaustausch zur Freiwirtschaft

Zum Gedenken an Andreas Thöny – einem langjährigen INWO-Mitglied – wurde an seinem ersten Todestag eine Spende an die INWO Schweiz getätigt. Die Spender, sein Enkel David mit Familie, haben dabei auf das freiwirtschaftliche Engagement von Andreas Thöny und die Weitergabe dieses Gedankengutes innerhalb der Familie aufmerksam gemacht. So kam es, dass Hansruedi Weber und Monica Gassner mit David Thöny zusammentrafen, um sich über den Grossvater, den Enkel und die Gegenwart auszutauschen.

Im Verlauf des zweistündigen Gesprächs zeigte sich, dass sich hier eine interessante Konstellation ergeben hatte: Es trafen stellvertretend drei Generationen mit unterschiedlichen Hintergründen und Motivationen aufeinander.

Die drei Generationen

Der Grossvater, Andreas Thöny – aufgewachsen in der Zeit der Weltkriege, hat aus sehr wenig einen gewissen Wohlstand erschaffen. Dabei sind ihm die Ungerechtigkeiten im Geld- und Bodenrecht schon sehr früh aufgefallen. Sensibilisiert wurde er auch durch die finanziellen Turbulenzen während der Zwischen- und Nachkriegsjahre. Zeit seines Lebens hat er sich in homöopathischen Dosen mit INWO-Themen befasst.

Die Aktiven, Hansruedi Weber und Monica Gassner, konnten auf den Errungenschaften der Vorgeneration aufbauen und erlebten den Aufschwung. Verdienstmöglichkeiten waren in der expandierenden Wirtschaft genügend vorhanden, es herrschte eine zuversichtliche Stimmung. Die Wirtschaft galt als Wunder und ihre Prinzipien als unantastbar. Doch das ungebremsste und ultimativ geforderte Wachstum warf auch Fragen auf. Die Unveränderbarkeit des vorherrschenden Geldsystems wurde zunehmend in Frage gestellt. So wurden die INWO Schweiz gegründet und neue Denkanstösse formuliert, um Missstände konkret anzugehen.

Der Enkel, David Thöny – verwaltet den Wohlstand in einer von Kapitalismus und Globalisierung bestimmten Welt. Aber die Errungenschaften der Vorfahren sind bedroht, die Zeichen stehen eher auf Niedergang als auf Wachstum. Seine Generation klammert sich an den Optimismus der letzten Jahrzehnte und glaubt nur zu gerne an die Beschwichtigungen und Verheissungen der Mächtigen. Das Leben im Überfluss könnte so schön sein ... wären da nicht die grund-



Monica Gassner betreut das INWO-Sekretariat ...



... und Hansruedi Weber ist Vorstandsmitglied

legenden Systemfehler, die es zu korrigieren gilt, um den Kindern eine lebenswerte Welt zu hinterlassen.

Die Ansichten

Die angeregte Gesprächsrunde in Zürich streifte eine ganze Reihe von INWO-Themen. Eine Auswahl ist hier aus Sicht der drei Generationen zusammengefasst. Die Ansichten des Grossvaters habe ich, als sein Enkel, so gut wie möglich darzulegen versucht.

Aus der Sicht des Grossvaters: In jungen Jahren machte Andreas Thöny eine Erfahrung, die sein ganzes Leben und seine Einstellung zum Geld stark prägen sollte: Seiner Familie drohte der private Konkurs. Von da an betätigte er sich als eigenständiger Freiwirtschaftler. Das hauptsächliche Augenmerk galt dabei der Geldvermehrung, die nicht durch Wertschöpfung gedeckt war. Er verstand Geld als Lohn für getane Arbeit, nicht als Resultat des Zinseffektes und von Börsenspekulationen. Solch wundersamer Geldvermehrung konnte er nichts abgewinnen. Als bürgerlicher Politiker war er auf allen kantonalen Ebenen erfolgreich aktiv. Zu sei-

ner Zeit, wie auch heute noch, war man mit freiwirtschaftlichem Gedankengut jedoch exponiert. Aus Angst vor Ausgrenzung und Anfeindungen zog er es deshalb vor, sich im stillen Kämmerlein mit der Geldproblematik auseinanderzusetzen. Dennoch gelang es ihm, auch in der Politik kleinere Vorhaben freiwirtschaftlicher Prägung zu realisieren. Obwohl er zu den Gründungsmitgliedern der SVP Graubünden gehörte, entschied er sich zur Abkehr von der Partei, als sich diese aus seiner Sicht immer mehr von seinen Werten zu entfernen begann.

Auch innerhalb der Familie und des Freundeskreises war sein Engagement nur sehr begrenzt salonfähig. Für seine Frau waren die Gespräche übers Geld eher eine Belastung. So war der Austausch mit Enkel David eine willkommene Gelegenheit, die eigenen Gedanken kritisch zu hinterfragen und weiterzuentwickeln.

Aus der Sicht der Aktiven: Die Generation 1945+ erlebte den Aufschwung. Doch heute beginnt vieles zu wanken, und angesichts der Krisen fangen die Menschen wieder an,

einiges zu hinterfragen. Auch wenn es uns in der Schweiz immer noch gut geht. Als individueller Mensch ist man jedoch häufig überfordert. Die heutigen Parteien können mit dem Einsatz von viel Geld Lügen und Drohungen wirksam verbreiten. Damit werden die Bürger in Angst versetzt, was wiederum bewirkt, dass die Bevölkerung sich kaum mehr eigene Gedanken macht, sondern einfach existieren will und froh um eine Arbeitsstelle und etwas Ablenkung ist. Bei den Römern hiess das »Brot und Spiele«, heute könnte man es mit »Konsum und Auto« umschreiben. Ein Verein wie die INWO kann hier Abhilfe schaffen und für die nötige Vernetzung sorgen.

Die INWO Schweiz entstand als Folge der Auflösung der Liberal-Sozialen Partei (LSP) als nichtpolitische Organisation. Es stellen sich für uns aber nach wie vor folgende Fragen: Wie können wir das, was wir als richtig erkannt haben, auch umsetzen? Wie verschaffen wir unserer Vision die nötige Aussicht auf Erfolg, um auch andere Menschen zum Mitmachen motivieren zu können?

In jüngster Zeit haben wir u.a. am Beispiel der Occupy-Bewegung erlebt, dass Menschen grundsätzlich bereit sind, gemeinsam etwas gegen die Missstände in Wirtschaft und Politik zu unternehmen. Die Bewegung schief jedoch wieder ein, weil niemand klare Strukturen schaffen und Verantwortung übernehmen wollte.

Ein erfolgreicherer Beispiel ist die Initiative für ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE). Sie hat ein klares Ziel und aktiviert die interessierten Menschen. So ruft sie zu gemeinsamen Unterschriftensammel-Events auf und informiert regelmässig via Social-Media-Plattformen. Zudem hat die BGE-Gruppe einen starken finanziellen Rückhalt.

Auch die INWO bietet eine ausbaufähige Struktur und hat Ziele, für die es sich einzusetzen lohnt!



David Thöny

Aus der Sicht des Enkels: Von meinem Grossvater wurde ich auf die Geld- und Bodenpolitik aufmerksam gemacht. Mich sprechen dabei vor allem Anliegen wie Gerechtigkeit und Solidarität an. Das Geld soll doch helfen, den Menschen weiterzubringen – und nicht umgekehrt. Dass sich in der breiten Öffentlichkeit fast niemand findet, der sich grundsätzlich und kritisch mit dem Geldwesen, immerhin dem Knotenpunkt unseres täglichen Lebens, auseinandersetzt, scheint zumindest verdächtig.

Es darf aber nicht vergessen werden: Im Vergleich zu anderen geht es uns immer noch sehr gut. Wahrscheinlich zu gut. Und das verhindert eine kritischere Auseinandersetzung mit INWO-Themen in der Öffentlichkeit. Die Hand, die mich füttert, beisst ich nicht! Weshalb sonst wird zum Beispiel so vehement am Bankgeheimnis und anderen Bevorzugungen der »Finanzindustrie« festgehalten? Wir leben gut davon, unser Wohlstand beruht zu einem großen Teil darauf!

Der persönliche Austausch und der Kontakt zu Gleichgesinnten ist gerade für Neueinsteiger in unsere Bewegung entscheidend. Der Einstieg in das komplexe Thema ist für Aussenstehende nicht einfach. Es braucht zudem eine Portion Mut und Überwindung, sich ernsthaft zu engagieren.

Fazit

Die INWO-Themen sind schon seit Generationen sehr aktuell und bedürfen weiterer Bearbeitung. Als konkreter Vorschlag für die Zukunft ist die Idee entstanden, die Gesellschen Ideen in die heutige Zeit zu transformieren und in zeitgemässer Sprache neu zu formulieren. Diese modernisierte Einführung in die Geld- und Bodenreform könnte dann zum Beispiel an Einstiegsseminaren für Interessierte zur Grundlagenvermittlung eingesetzt werden. Zudem wäre es vielleicht sinnvoll, Neumitgliedern oder Neugierigen einen »Götti« zur Seite zu stellen, so wie mein Grossvater mir einer war. Das würde den Einstieg und die Vernetzung sicher erleichtern.

David Thöny



SCHWEIZ



Andreas Thöny

Geboren am 29. Mai 1918 in Grüsch im Prättigau/Graubünden und aufgewachsen in Strahlegg, war Andreas Thöny der älteste Sohn einer achtköpfigen Wagner-Familie. Im Alter von zehn Jahren machte Andreas eine Erfahrung, die sein ganzes Leben geprägt hat: Der jungen Familie drohte der private Konkurs. Hierin liegt auch der Ursprung seiner lebenslangen und äusserst intensiven Auseinandersetzung mit dem Thema Geldwesen.

Weitere zehn Jahre später ereilte die Familie ein weiterer Schicksalsschlag, als der Vater an Gelbsucht starb. Andreas als Ältester hatte nun die Verantwortung für die Familie zu tragen.

Nach seiner Ausbildung zum Schreiner und dem Aktivdienst in der Armee während des Zweiten Weltkriegs gründete er im Jahre 1948 eine eigene Familie. Zusammen mit seiner Frau Ursula Disch zog er in Schiers drei Söhne gross und wurde achtfacher Grossvater. Neben der Familie und der Arbeit als Schreiner an der Evangelischen Mittelschule engagierte sich Andreas Thöny stark in der Kommunal- und Regionalpolitik. So amtierte er als Gemeinderat und Gemeindepräsident der Gemeinde Schiers, als Landamman und Kreisrichter/Kreisgerichtspräsident des Kreises. Zudem sass er, als Höhepunkt seiner politischen Laufbahn, im Grossen Rat des Kantons Graubünden.

Neben all diesen Aufgaben fand Andreas immer wieder Zeit, sich mit der Geldproblematik auseinanderzusetzen. Einige seiner Gedanken hierzu hat sein Enkel 2007 in dem Büchlein »Denkanstösse für eine gerechtere Welt« zusammengestellt.

Die neue Bodenfrage

»Man verkauft nicht das Land, auf dem Menschen gehen«, den berühmten Ausspruch des Lakota-Häuptlings Crazy Horse im Jahre 1873 hätte damals wohl eine große Mehrheit der Menschheit für selbstverständlich gehalten. Heutzutage scheint dieses Verständnis völlig abhanden zu kommen. Die Bodenfrage muss dringend neu gestellt werden.

Die Vorstellung, das Land ihrer Vorfahren und Kinder wie Weizen, Werkzeug oder Pferde zu verkaufen, wäre der Mehrheit damals absurd, ja undenkbar erschienen. Landnahme war seinerzeit noch eine exklusive Beschäftigung von Königen und Fürsten und der von ihnen beauftragten Eroberer. Die gaben zu der Zeit, auch in Deutschland, gerade erst die Gewohnheit auf, mitsamt dem Land auch die Menschen zu verkaufen, die darauf lebten.

Die USA waren dagegen einer der ersten Staaten der Welt, in dem uneingeschränktes Privateigentum an Grund und Boden zum verbrieften Bürgerrecht wurde. Der Spruch des Helden von »Little Bighorn« vor 140 Jahren, unter dessen Jagdgründen, zu Unrecht, Gold vermutet wurde, galt auch den eigenen Leuten. Sich durch Zahlung von Geld an Einzelne sich des Erbes ganzer Gemeinschaften zu bemächtigen, gehört seit Langem zu den Grundlagen dessen, was heute als »Landgrabbing« bezeichnet wird.

Landgrabbing – auf wenige Staaten fokussiert

Die Studie »Land Matrix«, die im Auftrag eines Konsortiums öffentlicher Institutionen Landgrabbing im globalen Süden dokumentiert, fasste im Februar 2013 den Stand ihrer Forschung so zusammen:

- Kaum ein Geschäftsfeld der Welt ist so intransparent wie das mit Grund und Boden.
- Am beliebtesten sind bei den Landgrabbern von heute jene Regionen und Länder, in denen Grundbesitz unklar geregelt und die Einhaltung bestehender Gesetze nicht gewährleistet ist.
- Von den insgesamt mindestens 83 Millionen Hektar – fast die Ackerfläche der EU –, die in den vergangenen Jahren im globalen Süden gehandelt wurden, liegen 70 Prozent in nur elf Ländern Afrikas und Asiens.
- Nur bei einem Drittel der Deals geht es um die Produktion von Lebensmitteln, meist geht es um Futter- und Energieproduktion oder deren Mischung.
- Die überwiegende Mehrheit hat Exporte zum Ziel.

- Mindestens fünf Prozent des afrikanischen Ackerlandes wechselten in den vergangenen Jahren so ihren Besitzer.
- Wasserzugang ist oft das wichtigste Ziel des Landkaufs.
- Betroffen ist überwiegend gut erschlossenes, dicht besiedeltes, fruchtbares Land, das von Kleinbauern bewirtschaftet wird.
- Die Entschädigung der Betroffenen ist kaum adäquat; Korruption und Diebstahl sind »nicht auszuschließen«.
- Drei Viertel der Investoren sind private, ein Viertel staatliche Unternehmen.
- Eine Beschäftigungswirkung geht von den Deals praktisch nicht aus.

Land – eine Geldanlage, die Sicherheit verspricht

Bei allen offensichtlichen Unterschieden sind sich die neo-kolonialen Zustände in Afrika und der Goldrausch der Landinvestoren Europas so fremd nicht. Nur wenige der Probleme sind in Deutschland, geschweige denn in den derzeit beliebtesten EU-Jagdgründen internationaler Landinvestoren wie Rumänien, Bulgarien und Ungarn wirklich ausgeschlossen.

Landfakten

- 35 Mio. Hektar beansprucht die EU-Landwirtschaft in anderen Weltregionen, rechnet man ihr Außenhandelsdefizit in Fläche um.
- Allein von der Biokraftstoff-Anbaufläche 2008 für die EU hätte man 127 Mio. Menschen ein Jahr ernähren können.
- 7 Milliarden Erdenbürger teilen sich 1,4 Milliarden Hektar Ackerfläche
- Das heißt, für jeden von uns stehen ungefähr 2000 Quadratmeter für die Erzeugung von Feldfrüchten zur Verfügung.
- 20 % betrug der Anteil von Energiepflanzen und nachwachsenden Rohstoffen auf der Ackerfläche Deutschlands 2012.
- Weltweit leben 75 Prozent der 1,02 Milliarden Hungernden auf dem Land.

Die Triebfedern der neuen Landlust der FinanzspekulantInnen aller Größenordnungen, von den Pensions- und Anlagefonds der Banken, Versicherungen bis zum Zahnarzt oder Rechtsanwalt, der sich für alle Fälle in diesen Zei-



Wie zeitgemäß ist der kapitalistische Umgang mit Grund und Boden angesichts von Klimawandel, Artensterben und Ressourcenknappheit noch?

ten ein paar Hektar Forst und Ackerland in sein Portfolio nimmt, haben mit Psychologie und Ökologie ebenso viel zu tun wie mit ökonomischen Erwägungen.

Da ist zum einen die allgegenwärtige, neomalthusianische Mär vom ungezähmten Bevölkerungswachstum, das den Boden knapp macht für die Ernährung künftiger Generationen. Sie ist zwar nicht stichhaltig – schon heute könnte der Ertrag der Landwirtschaft 12 Milliarden Menschen ernähren –, aber dafür scheinbar umso einleuchtender. Zum anderen, und damit kommen wir der Wahrheit schon deutlich näher, zieht die Doppelnutzung des Bodens als Nahrungs- und Energiequelle neue industrielle Nutzungs- und Verwertungskonzepte an. Als Produktionsstätte nachwachsender Rohstoffe ist Boden schließlich das Objekt der Begierde einer neuen, chemiebasierten Unternehmensallianz, die sich gerne unter dem polit-ökonomischen Kampfbegriff der »wissensbasierten Bioökonomie« präsentiert. Gemeinsam mit der privaten wie staatlichen Energiewirtschaft auf der Suche nach post-fossilen, klimafesten Geschäftsmodellen probt sie die Globalisierung der Landbewirtschaftung. Ein Hektar Land rechnet sich global plötzlich in Erdöl-Äquivalenten: Wie viele Barrel Rohöl lassen sich durch ihn zu welchem Preis ersetzen?

Energie- und Rohstoffhunger verdrängen Lebensmittelerzeugung

Hierzulande wird dieser Preis durch eine Kumulation staatlicher Subventionen bestimmt: Vom steuervergünstigten Agrardiesel über garantierte Abnahmepreise für Biogas bis zu den EU-Direktzahlungen, die pro Hektar bezahlt werden, statt für ökologische oder soziale Lei-

stung. Die aktuellen Kauf- und Pachtpreise, die sich daraus ergeben, sprechen eine klare Sprache: Ehrliche Lebensmittelproduktion, ob konventionell oder biologisch, kann die Preise, die Biogas-Betriebe derzeit zahlen, nicht erwirtschaften. In einem Land wie Deutschland, in dem über 60 Prozent der Agrarfläche nicht den Bauern gehört, die sie bewirtschaften, hat dies fatale Folgen: Verkauft und auch verpachtet wird zunehmend an den Meistbietenden und nicht mehr an den Nachbarn oder Verwandten. Welche Menschen von dem Land leben, das sie verkaufen oder verpachten, von Tieren und Pflanzen ganz zu schweigen, spielt für die Eigentümer keine Rolle mehr, wenn erst einmal der ganzheitlichere Bezug dem Investorenblick auf den Bildschirm gewichen ist. Steigender, durch Konkurrenz und Kredite verschärfter Verwertungsdruck auf den Boden widerspricht unter den gegenwärtigen Bedingungen der EU-Agrarpolitik und der globalen Märkte einem ganzheitlichen, umsichtigen und agrarökologischen Umgang mit dem vielfältig produktiven Habitat Boden.

Das Land, auf dem wir geboren und in dem wir begraben werden, das uns ernährt und in dem wir uns zu Hause fühlen, als frei verfügbare Ware zu betrachten, widerstrebt uns bis heute. Gerade in Zeiten von Google Earth und der fortschreitenden Virtualisierung von Raum und Zeit bleiben Acker und Land ein ganz besonderer Ort historischen, sozialen und persönlichen Erlebens und Zusammenlebens.

Der eklatante Widerspruch der Spekulation mit Land und Boden zu den sozialen, ökologischen und kulturellen Notwendigkeiten un-

serer Zeit wirft deshalb die alte Bodenfrage neu auf: Wie modern ist der kapitalistische Umgang mit Grund und Boden in Zeiten von Klimawandel, Artensterben und Ressourcenknappheit noch? Sind jene, die in dieser Zeit nach einem neuen Konzept von Allmende oder »Commons« im Umgang mit dem Boden und seinem Wert suchen, vielleicht gar keine allzu verrückten Pferde? ■



Benedikt Haerlin leitet seit 2002 das Berliner Büro der Zukunftsstiftung Landwirtschaft, und deren Kampagne »Save Our Seeds« gegen Gentechnik im Saatgut und für den Erhalt der agrarischen Vielfalt, und beteiligt sich aktiv an den Kampagnen »Meine Landwirtschaft« und »ARC2020« zur Reform der Europäischen Agrarpolitik. Von 2003 bis 2008 vertrat er im Aufsichtsrat des Weltagrarberichts europäische und nordamerikanische Nichtregierungsorganisationen. Davor arbeitete Haerlin zwölf Jahre lang für Greenpeace, zuletzt als internationaler Koordinator der Gentechnik-Kampagne, war von 1984-89 Mitglied des Europäischen Parlaments und davor Journalist, u.a. bei der »Tageszeitung«. Er studierte Philosophie und Psychologie in Tübingen und Berlin.

Dieser Text erschien zuerst in der Zeitschrift Lebendige Erde 3-2013, Schwerpunkt »Beteiligen«.

Die Studie »Transnational Land Deals for Agriculture in the Global South« ist im Internet abrufbar unter: <http://landportal.info/landmatrix/get-the-picture#analytical-report>

EU fördert Land Grabbing und Landkonzentration in Europa

Eine weitere neue internationale Studie deckt auf: Land Grabbing ist nicht nur ein Problem des globalen Südens, sondern schreitet auch in Europa voran: Drei Prozent der Grundbesitzer kontrollieren die Hälfte der landwirtschaftlichen Flächen in Europa. Diese »Landeliten« werden im Rahmen der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP) aktiv durch öffentliche Gelder gefördert. Kleinbäuerliche Betriebe hingegen erhalten immer weniger Förderungen und werden zunehmend verdrängt.

In Spanien beispielsweise haben 2009 16 Prozent der größten Produzenten 75 Prozent der Subventionen erhalten. In Italien haben 2011 0,29 Prozent der Höfe 18 Prozent der gesamten GAP-Förderungen für sich beansprucht. In Ungarn war es dagegen der Mehrheit der Kleinbauern in den ersten sechs Jahren nach dem EU-Beitritt rechtlich nicht möglich, Förderungen zu beantragen. 93 Prozent der ungarischen bäuerlichen Bevölkerung war vom Fördersystem ausgeschlossen. Zusammen mit den niedrigen Bodenpreisen war das eine Einladung für Land Grabbing.

»Die Konzentration von Landbesitz hat sich in den letzten Jahrzehnten vor allem in Osteuropa extrem beschleunigt und erreicht Dimen-

sionen wie in Brasilien, Kolumbien oder den Philippinen – alle bekannt für ihre ungleiche Verteilung von Land«, kritisiert Brigitte Reisenberger von FI-AN Österreich. Die Studie befasst sich mit der enormen Landkonzentration in Spanien, Frankreich, Deutschland, Italien und Österreich und behandelt Fallbeispiele für Land Grabbing in Rumänien, Ungarn, der Ukraine, Bulgarien und Serbien. »So wie ihre Pendanten in Äthiopien, Kambodscha oder Paraguay gehen die großflächigen Landdeals geheim und höchst intransparent über die Bühne.«

»Wir alle sind von der Ressource Land abhängig«, so Irmi Salzer von der ÖBV – Via Campesina Austria. »Land muss daher als öffentliches Gut betrachtet werden. Zugang zu Land sollten jene bekommen, die darauf arbeiten. Kleinbäuerliche und ökologische Landwirtschaft muss Vorrang gegenüber konzentrierter, kommerzialisierter und industrialisierter Landwirtschaft bekommen, die nur den Profitinteressen einiger Weniger dient.«



Ansätze zur Umsetzung der Geldreform heute

Die niederländische Social TRade Organisation (STRO) erforscht Alternativen zu unserem heutigen Geldsystem, das weltweit Krisen verursacht. STRO setzt sich für eine andere Art des Wirtschaftens ein, auf der Basis eines neuen Paradigmas. Dabei gehört sie zu den weltweit führenden Organisationen, die die freiwirtschaftliche Theorie in die Praxis umsetzen.



Als die Initiatoren von STRO in den 1970er-Jahren über ein anderes Geld nachzudenken begannen, stießen sie schon bald auf das »Wunder von Wörgl«.

Das »Wunder von Wörgl«

Wörgl ist eine kleine Stadt in Österreich, die in den 30er-Jahren, wie viele Dörfer und Städte in dieser Zeit, mit massiver Erwerbslosigkeit infolge der weltweiten Wirtschaftskrise konfrontiert war. Um diese zu bekämpfen, vergab die Gemeinde öffentliche Aufträge, die mit selbstgedrucktem Geld bezahlt wurden. Auf diese Weise brachte Wörgl 1932 und 1933 8.500 Österreichische Schillinge in eigenem, lokalem Geld in Umlauf. Der Gegenwert wurde auf einem Bankkonto deponiert.

Um den Wert der Geldscheine zu erhalten, mussten die Menschen jede Woche eine Marke daraufkleben. Eine solche Marke kostete Geld. Jemand, der in den Besitz von Wörgl-Schillingen kam, gab sie darum schnell wieder aus. Denn wer das nicht tat, musste ja die Wertmarken bezahlen. Die Scheine wurden breit akzeptiert. Die meisten Menschen hatten keine Wahl: Es war einfach in der durch die Krise stark verarmten Stadt kein anderes Geld im Umlauf. Ein Ladenbesitzer konnte

also wählen zwischen verkaufen in Wörgl-Geld und nicht verkaufen. Außerdem hatte er die Gewissheit, dass die Gemeinde das Wörgl-Geld zur Zahlung kommunaler Steuern akzeptierte. Es gab zudem immer noch die Möglichkeit, um mit einem geringen Verlust das Geld in die Nationalwährung umzutauschen. Der Ladenbesitzer akzeptierte also das Geld, klebte notfalls eine Marke auf und gab es so schnell wie möglich wieder aus.

Diese Initiative stimulierte die lokale Wirtschaft enorm. Das Geld ging von Hand zu Hand und der Wohlstand in der kleinen Stadt nahm zu. Während anderswo in Österreich die Erwerbslosigkeit anstieg, sank diese in Wörgl binnen zweier Jahre um 25 Prozent. In diesen zwei Jahren wurden alle an das öffentliche Wasserleitungsnetz angeschlossen, alle Straßen neu gepflastert und die meisten Häuser instand gesetzt und gestrichen. Außerdem wurden um die Stadt herum Wälder angepflanzt. Viele dieser Aktivitäten entwickelten sich nicht im Auftrag des Gemeinderats, sondern gingen auf private Initiativen der Bürger zurück. Die wollten den Kosten für die Marken entgegen und hielten darum das Geld im Umlauf, anstatt es zu horten. Andere Gemeinden sahen diesen Erfolg und wollten das Gleiche machen. Das aber wur-

de der Regierung in Wien zu bunt und sie verbot die Geldausgabe durch Kommunen.

Der Unterguggenbergerpreis

2007 bekam STRO den Unterguggenbergerpreis der Stadt Wörgl verliehen, weil STRO am weitesten darin vorangeschritten ist, die Maßnahme des Wörgler Bürgermeisters Unterguggenberger in die moderne Zeit zu übersetzen. Dabei kommt es wesentlich darauf an, eine Art und Weise zu finden, die verhindert, dass die Zentralregierung die Initiative stoppt.

In den Jahren danach entwickelte STRO vielerlei Varianten und Alternativen, um das Geld besser rotieren zu lassen und Kooperation in Gemeinschaften zu ermöglichen, ohne Abhängigkeit von oder Tributpflicht gegenüber der Finanzwelt.

Cyclos-Software für ein neues Wunder von Wörgl

Besonders wichtig ist die Software Cyclos, die STRO entwickelt. Cyclos ist Open-Source (gratis) Software für Online- und mobiles Banking und wird von komplementären Geldsystemen, (lokalen) Banken und Mikrokredit-Organisationen eingesetzt. Cyclos kommt auch bei STROs eigenen Projekten zum Einsatz, aber auch bei mehr als 100 anderen Initiativen weltweit.

U.a. dank finanzieller Unterstützung durch die Stiftung DOEN, Teil der niederländischen Postcode-Lotterie, arbeitet STRO an einer neuen Version, in der alle Feinheiten der modernen IT-Technologie integriert sind. Diese neue Version der Software kann den Multiplikator-Effekt staatlicher Ausgaben erhöhen, d.h. dass das herausgegebene Geld innerhalb eines Landes oder einer Region öfter von Hand zu Hand wandert. Bei Erwerbslosigkeit führt dies zur Ausnutzung ungenutzter Potenziale und somit zu mehr ökonomischer Aktivität, also zu mehr Steuereinnahmen. Das ist natürlich wichtig zur Erreichung ausgeglichener Staatshaushalte. Gerade in dieser Zeit der Krise in Europa ist dies bedeutsam, weil man damit Sparmaßnahmen, die die Krise verschlimmern, vermeiden kann.



Die Wörgler Arbeitswertscheine halfen in Krisenzeiten. Das Prinzip kann auch heute helfen.

Die Social TRade Organisation STRO

ist eine der wenigen Organisationen weltweit, die Alternativen zum herrschenden Geldsystem entwickeln. »Wir tun dies, weil das heutige Geldsystem ineffizient ist, Ungleichheit Vorschub leistet, vielen Menschen die Chance nimmt, sich richtig zu entfalten und außerdem schädlich ist für Natur und Umwelt«, sagt Direktor Henk van Arkel.

»Durch die Erfahrungen, die in Lateinamerika gesammelt wurden, wo STRO neue Geldsysteme zur

Armutsbekämpfung entwickelt hat, verfügen wir jetzt, da die Krise in Europa ausgebrochen ist, über einzigartige Kenntnisse und Software. So schlimm die Folgen der Krise auch sind, sie bietet doch die Chance, um in Europa eine Alternative aufzubauen, die besser für Mensch, Natur und Wirtschaft ist.«

Mehr Informationen unter:
www.socialtrade.org
www.cyclos.org



STRO-Direktor Henk van Arkel (Mitte) bei der Preisverleihung in Wörgl

Wörgl in Spanien, Griechenland und Italien?

Ende Januar besuchten die STRO-Mitarbeiter Camilo Ramada und Andreu Honzawa Kommunalregierungen sowie Unternehmensorganisationen in Spanien und diskutierten über Möglichkeiten eines neuen »Wunder von Wörgl«. Auch Kommunalregierungen und Unternehmen auf Kreta und in Nord-Italien haben Interesse. Gemeinsam mit diesen Partnern wird STRO Subventionen bei der Europäischen Union beantragen, um diesen Ansatz in die Praxis umzusetzen.

Ziel der Pilotprojekte ist die Bekämpfung der ökonomischen Krise dadurch, dass Ausgaben ein Mehr an ökonomischen Aktivitäten und Steuereinnahmen nach sich ziehen. Die Idee? Ein Netzwerk aus Unternehmen, staatlichen Instanzen und Privatpersonen, die untereinander Bezahungen (darunter auch Steuern und Sozialleistungen) in einer digitalen Geldeinheit abwickeln.

Mitmachen lohnt sich: Man bekommt einen Bonus, wenn man die neue Währung kauft (z.B. 11 Einheiten für 10 Euro). Zurücktauschen in Euro ist auch möglich, dann jedoch mit einem Malus (z.B. 9 Euro für 10 Einheiten). Dadurch bleibt das investierte Geld solange wie möglich im Netzwerk in Umlauf und schafft Arbeit, Produktion, Handel, mehr Chancen und Steuereinnahmen. Es fließt nicht ab in Regionen, in denen sowieso schon genug Geld da ist. Dieser Malus kann übrigens geringer werden in dem Maße, in dem eine Einheit öfter umläuft. Das ist für Unternehmen wichtig, die auch außerhalb des Netzwerks einkaufen müssen: Sie müssten sonst unverhältnismäßig viel Malus bezahlen, während gerade sie für das Netzwerk wichtig sind.

Eine Gebühr auf das Horten von Geld

Beim digitalen Geld wird eine so genannte Liquiditätsgebühr erhoben: Jeden Tag nimmt

das digitale Geld ein kleines bisschen im Wert ab, genau wie die markenpflichtigen Scheine in Wörgl. Dies animiert die Teilnehmer, es schnell wieder auszugeben, anstatt es zu horten: Man will das Geld loswerden, bevor es weniger wert wird und man gibt es für etwas aus, wovon man (bleibend) etwas hat. Die Einnahmen aus der Liquiditätsgebühr dienen zur Finanzierung des Netzwerks, und später, um günstige Kredite an Teilnehmer zu vergeben.

Größere Wirkung von Ausgaben

Dieses spezielle digitale Geld bringt Angebot und Nachfrage zueinander, dort wo der Markt durch reine Geldknappheit ausgetrocknet ist: Aus Geldmangel unerfüllte Bedürfnisse und Wünsche werden im Netzwerk erfüllt, Erwerbslose können wieder Arbeit finden und brach liegende Produktionsmittel werden wieder genutzt. Staatliche Instanzen können gesellschaftliche Ausgaben (Sozialleistungen, Subventionen) innerhalb dieses Netzwerks in digitalem Geld bezahlen, und den Euro-Betrag »behalten« als Deckung beim Rücktausch. Das so ausgegebene Geld hat einen größeren gesellschaftlichen Nutzen als der Euro, indem es die lokale Wirtschaft stimuliert, was wiederum mehr Steuereinnahmen generiert und die Staatsausgaben verringert. Im Grunde ist es eine Geldspritze, die zusätzliche Einnahmen bewirkt.

Anwendung in Deutschland

Eine mögliche Anwendung dieser Technologie in Deutschland könnte so aussehen, dass (ein Teil der) Sozialleistungen z.B. in Mecklenburg-Vorpommern oder Bremen auf ein Sozialkonto eingezahlt würden. Menschen, die diese Sozialleistungen auf dem Spezialkonto empfangen, können dieses Geld ohne weitere Kosten innerhalb der Region bei Geschäften und Unternehmen ausgeben, die es ihrerseits wieder bei anderen Unternehmen in der Region zur Zahlung nutzen. Wenn jemand

jedoch das Geld von diesem Spezialkonto für Käufe außerhalb Mecklenburg-Vorpommerns oder Bremens benutzen will, dann muss es in »normales« Geld umgetauscht werden, wofür eine Umtauschgebühr anfällt. Diese Gebühr nimmt ab, in dem Maße wie Zahlungen innerhalb der Region von einem Spezialkonto zu einem anderen Spezialkonto getätigt werden.

Der zusätzliche wirtschaftliche Umsatz, der durch diese Vorgehensweise geschaffen wird, führt zu höheren Steuereinnahmen, durch die (Teile der) Sozialleistungen finanziert werden können.

Erfolgreiches Beispiel in Kenia

Das beste Beispiel für ein Zahlungsnetzwerk in einem virtuellen Umfeld ist das digitale Geld *M-pesa* in Kenia. Obwohl es sich 100%ig wie Geld verhält und dem Direktor der Zentralbank von Kenia zufolge stark zum Wirtschaftswachstum beigetragen hat, ist es ganz sicher kein Geld, das von der Zentralbank herausgegeben wurde. Es handelt sich nämlich um Telefonguthaben, das der Telefonanbieter *Safaricom* verkauft hat. Dieses Telefonguthaben wird außer zum Telefonieren auch zum Bezahlen benutzt, indem Nutzer es sich per Mobiltelefon gegenseitig überweisen. *Safaricom* hat diese Art der Nutzung dadurch enorm stimuliert, dass der Rücktausch von Telefonguthaben in Geld angeboten wurde. Die Vergütung, die das Unternehmen hierfür verlangt, ist momentan gering. Dabei sollte deutlich sein: Je mehr Nutzer *M-pesa* hat, umso höher kann diese Gebühr sein. Und je höher die Gebühr, desto länger wird die Kaufkraft innerhalb des *M-pesa*-Netzwerks zirkulieren und durch den Multiplikator-Effekt mehr Umsatz innerhalb des Netzwerks generieren.

Text: STRO, Übersetzung aus dem Niederländischen: Beate Bocking

Termine Deutschland

■ **Sa.-So., 8.-9. Juni 2013, Seminar für freiheitliche Ordnung, Badstraße 35, 73087 Bad Boll Brauchen wir eine Insolvenzordnung für Staaten?**

Tagung mit Eckhard Behrens, David Fiedler, Prof. Dr. Axel Flessner, Roman Nierlich, Prof. Dr. Kuniibert Raffer

Weitere Informationen und Anmeldung:
Sffo, Tel. 07164-35 73, Fax: 07164-70 34,
E-Mail: sffo@gmx.net, Internet: www.sffo.de.
Ein Beitrag zu den Kosten wird erbeten (Richtsatz 25 Euro).

■ **Do., 13. Juni 2013, 19.00-22.00 Uhr, Café im Forum 3, Gymnasiumstraße 21, 70173 Stuttgart**

Treffen der INWO-Regionalgruppe Stuttgart

Monatlich treffen sich Aktive aus Stuttgart und Umgebung um aktuelle Ereignisse aus Wirtschaft und Politik zu besprechen und Aktionen zu planen. Gäste sind herzlich willkommen!

Weitere Treffen am 11. Juli und 12. September 2013

Zur INWO-Regionalgruppe siehe: www.inwo.de/inwo-vor-ort/stuttgart/

Kontakt und Info: Stuttgart@INWO.de

■ **Do., 20. Juni 2013, 19.30-22.00 Uhr, Melanchthon-Akademie, Kartäuserwall 24b, Köln Treffen der INWO-Regionalgruppe Köln**

Jeden 3. Donnerstag im Monat

Über Geld spricht man nicht! Doch – wir sprechen über Geld und darüber, wie man unser Geldsystem nachhaltig verbessern kann und wie dabei soziale Gerechtigkeit, Frieden und Umweltschutz möglich gemacht werden. Es geht dabei um Aktuelles, wie etwa die finanzpolitischen Entwicklungen, aber auch um Grundsätzliches, wie etwa die Reform der Geld- und Bodenordnung. Die Abende werden durch ein Kurzreferat eingeleitet, das zur Diskussion anregen soll.

Weitere Treffen am 18. Juli, 15. August und 19. September 2013

Kontakt und Info: Koeln@INWO.de

■ **Di., 2. Juli 2013, 19.00-21.30 Uhr, Auslandsgesellschaft, Steinstr. 48 (direkt hinter dem Hauptbahnhof), Dortmund**

Treffen der INWO-Regionalgruppe Dortmund

Jeden ersten Dienstag im Monat (außer in den Schulferien) treffen sich Aktive aus Dortmund und Umgebung um aktuelle Ereignisse aus Wirtschaft und Politik zu besprechen und Aktionen zu planen. Gäste sind herzlich willkommen!

Weitere Treffen am 6. August und 3. September 2013

Zur INWO-Regionalgruppe siehe: www.inwo.de/inwo-vor-ort/dortmund/

Kontakt und Info: Dortmund@INWO.de

■ **Sa.-So., 6.-7. Juli 2013, Seminar für freiheitliche Ordnung, Badstraße 35, 73087 Bad Boll Wege zur Stabilität im Euroraum durch geregelte Staatsinsolvenzen, Parallelwährungen und Strukturreformen**

Seit Jahren herrscht Streit über den Charakter und die Ursachen der Krise im Euro-Wirtschaftsraum – und deshalb auch darüber, wie ihr zu begegnen sei. Das Seminar für freiheitliche Ordnung hat dazu im Februar 2012 in einem Positionspapier drei Aktionsrichtungen beschrieben, die in Verbindung miteinander zum Erfolg führen können (www.sffo.de). Die Tagung soll die weitere Entwicklung verfolgen und ihre Beurteilung vertiefen.

Mit Vorträgen von Prof. Dr. Thomas Huth, Uni Lüneburg (»Finanzmarktkrise – Bankenkrise – Staats-Schuldenkrise«), Eckhard Behrens (»Geburtsfehler des Euro« sowie »Austritt und Abwertung als Holzweg«), Dr. Michael Vogelsang, FH BITS, Iserlohn (»Parallelwährungen im Euroraum: Soll sich die Politik auf ein weiteres Experiment einlassen?«) und Fritz Andres (»Eine verstetigte Binnennachfrage macht notwendige Einschnitte erträglich und Strukturreformen demokratisch möglich«)

Weitere Informationen und Anmeldung:

Sffo, Tel. 07164-35 73, Fax: 07164-70 34, E-Mail: sffo@gmx.net, Internet: www.sffo.de.

Ein Beitrag zu den Kosten wird erbeten (Richtsatz 25 Euro).

■ **Sa.-So., 20.-21. Juli 2013, Karlsruhe INWO-Info-Stand bei »Das Fest«**

Zum wiederholten Mal nimmt die INWO an der Großveranstaltung teil.

Mehr Infos unter: www.dasfest.net

■ **Mi., 25. September 2013, 19.30 Uhr, Melanchthon-Akademie, Kartäuserwall 24b, Köln Postwachstumsökonomie selbst gestalten: Regiogeld**

Vortrag und Diskussion mit Ralf Becker
Regiogeld ist ein konkretes Instrument zur Überwindung des bisherigen ökonomischen Wachstumszwangs. Regiogeld unterstützt nachhaltiges Wirtschaften in der Region und ist eine Antwort auf intransparente Finanzspekulationen. Wie Regiogeld funktioniert und wie Bürgerinnen und Bürger über ihre eigene Dezentralbank ihr eigenes Geldsystem schaffen und kontrollieren können, zeigt dieser Vortrag. Lernen Sie, wie Sie Postwachstumsökonomie selbst gestalten können.

Eintritt 5 Euro

Veranstalter: INWO-Regionalgruppe Köln

Kontakt und Info: Koeln@INWO.de

■ **Do., 26. September 2013, 19.30 Uhr, Schulstr. 1, 54578 Nohn**

Postwachstumsökonomie selbst gestalten: Regiogeld

Vortrag und Diskussion mit Ralf Becker
Regiogeld ist ein konkretes Instrument zur Überwindung des bisherigen ökonomischen Wachstumszwangs. Regiogeld unterstützt nachhaltiges Wirtschaften in der Region und ist eine Antwort auf intransparente Finanzspekulationen. Wie Regiogeld funktioniert und wie Bürgerinnen und Bürger über ihre eigene Dezentralbank ihr eigenes Geldsystem schaffen und kontrollieren können, zeigt dieser Vortrag.

Eintritt frei.

Veranstalter: www.faberludens.de, INWO-Eifel
www.INWO.de

Montagsdemos für eine Parallelwährung in Belgien

Für eine hoheitliche Zweitwährung in Belgien, die zinsfrei und umlaufgesichert sein soll, setzt sich eine Initiative im belgischen St. Vith, dem Geburtsort Silvio Gesells, ein. Der Initiator Joseph Meyer ruft zu wöchentlichen Montagsdemos von 19.00-19.30 Uhr vor dem örtlichen Rathaus auf.

Die Belgische Staatsschuld steigt um 507 Euro per Sekunde. Am 30. Mai um kurz vor 14 Uhr

betrug sie 364.983.935.661 Euro. (www.staats-schuldmetr.be)

»Es ist doch Wahnsinn zu glauben, es könne alles so bleiben, wie es ist, wenn man auf einer Bombe sitzt, die mit einem Zeitzünder verbunden ist. Die Bombe ist das Schuldgeldsystem, der Zeitzünder ist der Zinseszins«, so Joseph Meyer.

Die Aktion wird wärmstens zu Nachahmung empfohlen!





Mitgliedsantrag

Name	Straße & Hausnummer	Postleitzahl & Ort
Telefon & E-Mail-Adresse	Alter, Beruf	

Per Fax an: 066 23 - 91 96 02 oder per Post an:

**INWO e.V. Versand
Wüstefeld 6
36199 Rotenburg**

- Ich möchte förderndes Mitglied der INWO e.V. werden!
- Ich zahle jährlich 48 € (regulärer Beitrag inklusive Mitgliederzeitschrift).
- Ich zahle jährlich 24 € (ermäßigt nach Selbsteinschätzung inklusive Zeitschrift).
- Ich zahle jährlich 12 € (Bezug der Zeitschrift solange der Vorrat reicht).
- Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich _____ €.
- Ich spende zusätzlich einmalig _____ €.
- Ich wünsche jährlich eine Spendenbescheinigung.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Hiermit ermächtige ich die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., bis auf Widerruf meinen jährlichen Mitgliedsbeitrag (ab Beitrittsmonat bis Jahresende, danach jeweils im März für das gesamte Jahr) und die zusätzliche Spende (ggf. streichen) von meinem

Konto Nr.: _____ BLZ: _____

bei der _____

mittels Lastschrift abbuchen zu lassen. Wenn oben genanntes Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Bestellformular

- Ich bestelle ein Jahresabo der FAIRCONOMY für 10 € Versandkostenpauschale.
- Ich möchte ein kostenloses und unverbindliches Probeabo der Zeitschrift FAIRCONOMY.
- Bitte senden Sie mir kostenloses Infomaterial über die INWO.
- Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Verteiler auf. Meine E-Mail-Adresse: _____

Ich bestelle folgende Materialien der INWO / Platz für Anmerkungen:

_____	_____
_____	_____
_____	_____
ggf. Artikelbezeichnung	ggf. Anzahl

Alle Preise verstehen sich als Bruttopreise. Versandkosten für Sendungen an Adressen in Deutschland entfallen ab einem Bestellwert von 20 Euro. Bei einem geringeren Bestellwert werden 3,50 Euro Versandkosten berechnet. Sämtliche Sendungen ins Ausland versenden wir nur gegen Vorkasse. Versandkosten für Sendungen an Adressen außerhalb Deutschlands ermitteln wir gerne auf Anfrage.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Ihre Daten werden elektronisch erfasst, damit wir Spendenquittungen, Rechnungen etc. ausstellen und Kontakt zu Ihnen halten können. Ihre Daten werden ausschließlich von uns oder durch unsere Beauftragten für vereinsbezogene Informations- und Werbezwecke genutzt. Wir geben keine Daten an Dritte weiter! Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO e.V. Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg.



FAIRCONOMY

Jahrgang 2012 komplett

Haben Sie eine Ausgabe verpasst? Solange unser Vorrat reicht, kann der ganze Jahrgang 2012 im Shop bestellt werden.

4 Stück für 8 €

Helmut Creutz

Das Geldsyndrom 2012. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft

Die überarbeitete Neuauflage des Klassikers enthält wieder eine Vielzahl anschaulicher Grafiken, basierend auf aktuellem Zahlenmaterial. Helmut Creutz gibt Antworten auf Fragen wie diese: Warum werden die weltweit vagabundierenden Geldströme immer größer, weshalb reagieren die Kurse an den Aktien- und Vermögenmärkten immer hektischer und warum bekommen die Notenbanken Geldmenge und Kaufkraft nicht in den Griff? Warum müssen wir jedes Jahr unsere Wirtschaftsleistung steigern? Warum nehmen trotzdem die Staatsverschuldungen ständig zu

und ebenso die Scherenöffnung zwischen Arm und Reich? Der Autor veranschaulicht, wie all diese Fehlentwicklungen mit den Strukturen unseres Geldsystems zusammenhängen, und bietet sinnvolle Lösungsvorschläge.

Verlag Mainz, aktualisierte Neuauflage, Aachen 2012, Taschenbuch, 484 Seiten, 63 Grafiken, Preis: 16.80 €

Helmut Creutz

Die 29 Irrtümer rund ums Geld

Sie glauben, dass bei Börsencrashes Geld vernichtet wird? Dass bei niedrigen Zinsen das Geld ins Ausland flieht? Dann lesen Sie dieses Buch. Helmut Creutz klärt über 29 Irrtümer rund ums Geld auf: »Das Geld für die Zinsen fehlt in der Wirtschaft!«; »Bargeld spielt kaum noch eine Rolle!«; »Globalisierung ist unverzichtbar!«; »Inflation belebt die Wirtschaft!« u.v.m.

Helmut Creutz räumt mit Vorurteilen auf und erklärt mit Hilfe einfacher Texte und Grafiken, wie Geld wirklich funktioniert.

Ein angehender Ökonom über das Buch: »Als VWL-Student hat es mir einen Einblick in wirtschaftliche Zusammenhänge gegeben, die traditionelle Lehrbücher nicht gewähren. Vor allem Creutz' Erklärung der zinsbedingten Umverteilung der Vermögen von der Arbeit zum Besitz ist revolutionär!«

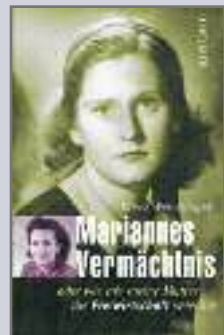
Signum Wirtschaftsverlag, München und Wien 2004, gebundene Ausgabe, 304 Seiten, Preis: 9.95 €

Wera Wendnagel

Mariannes Vermächtnis

»Letzte Politik« ist für das Mädchen Wera anfangs nur eine Art Denkspiel, das schon im Elternhaus der Großeltern aufkam und mit »Silvio Gesell« und »Freiwirtschaft« verknüpft ist. Ein Spiel, das bald von der politischen Verfolgung der Eltern und den Kriegsereignissen weggewischt wird, die Wera als junge Frau nach Argentinien verschlagen. Die Liebe führt sie schließlich nach Deutschland zurück. In politischen Diskussionen mit ihrer Mutter Marianne wird Wera mehr und mehr klar, dass es bei der »Letzten Politik« letztlich ums globale Überleben geht: Das Konzept zielt auf nichts weniger als eine alternative Wirtschaftsordnung.

Ulrike Helmer Verlag, Sulzbach/Taunus 2010, Taschenbuch, 368 Seiten, Preis: 19.95 €



Wera Wendnagel

Mama Moneta oder die Frauenfolge

Die Praxis, das Wirtschaften und Haushalten, ist von alters her eine Domäne der Frauen. Ihre praktische Klugheit hat immer wieder für die Überwindung schlimmer Krisen der Menschheit gesorgt.

»Frauen verstehen nichts von Wirtschaft!« – Dieses Vorurteil haben Männer und viele Frauen so verinnerlicht, dass bis heute in den höchsten wirtschaftspolitischen Entscheidungsgremien, den Zentren der Geldmacht, die Männer unter sich sind. Finanzspekulationen, Mietwucher, Armut und Arbeitslosigkeit vieler, bei immensem Reichtum weniger sowie »Land Grabbing« bis hin zu Krieg und Hunger sind die Bilanz unseres kapitalistischen Wirtschaftssystems voller Machtgier und Praxisferne.

Die Geschichte von Mama Moneta beschreibt eine Marktwirtschaft, die durch ein neues Bodenrecht und eine andere Geldordnung ganz ohne diese kapitalistischen Fehlentwicklungen funktioniert.

Aktuelle Neuauflage hrsg. von der INWO Deutschland 2013, Preis: 9.80 €



Bestellungen an: INWO-Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg, Telefon: 066 23 - 91 96 01, Fax: 066 23 - 91 96 02, E-Mail: Versand@INWO.de oder online unter: <http://www.INWO.de/Shop>. Dort finden Sie auch weitere Angebote.

Alle Preise verstehen sich als Bruttopreise. Versandkosten für Sendungen an Adressen in Deutschland entfallen ab einem Bestellwert von 20 Euro. Bei einem geringeren Bestellwert werden 3,50 Euro Versandkosten berechnet. Sämtliche Sendungen ins Ausland versenden wir nur gegen Vorkasse. Versandkosten für Sendungen an Adressen außerhalb Deutschlands ermitteln wir gerne auf Anfrage.